

Das PI in Berlin - Wissenschaftskritik und Institution: zur Geschichte eines Psychologischen Instituts

Mattes, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mattes, P. (1988). Das PI in Berlin - Wissenschaftskritik und Institution: zur Geschichte eines Psychologischen Instituts. In G. Rexilius (Hrsg.), *Psychologie als Gesellschaftswissenschaft : Geschichte, Theorie und Praxis kritischer Psychologie* (S. 28-61). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-13624>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Das PI in Berlin – Wissenschaftskritik und Institution

Zur Geschichte eines Psychologischen Instituts

Peter Mattes

1. Einleitung

Das Psychologische Institut der Freien Universität Berlin wurde im Jahre 1949 als ein Institut der Philosophischen Fakultät der Freien Universität gegründet, die im Wintersemester 1948/49 in der Westsektoren der Stadt als Gegenstück zur Humboldt-Universität im Ostsektor errichtet worden war. Etwa zwanzig Jahre lang blieb es eine für die Fach- und Institutionsgeschichte der Psychologie nicht weiter bemerkenswerte Einrichtung, ein für damalige Verhältnisse mittelgroßes Institut, organisiert nach dem Muster der deutschen Ordinarienuniversität, ohne herausragendes wissenschaftliches Profil. In den 50er Jahren verbanden sich mit ihm die Professoren-Namen des Pädagogischen Psychologen Kroh und des Sozialpsychologen Sodhi, in den 60er Jahren die des Allgemeinen und Sprachpsychologen Hörmann, des Entwicklungspsychologen Aebli und ab 1968 des Eignungsdiagnostikers A.O. Jaeger. Von den Assistenten und Privatdozenten aus jener Zeit ist Holzkamp hervorzuheben, der ab 1967 Professor war. Seine sozialpsychologischen und methodentheoretischen Arbeiten wurden in der methodologisch ausgerichteten deutschen Psychologie der 60er Jahre viel diskutiert. Die innere Struktur, die Studieninhalte und die Prüfungsordnung des Instituts entsprachen dem damals in der Bundesrepublik Üblichen.

Bewegung kam in diese Verhältnisse im Jahr 1968, als in der Freien Universität und anderswo die Studenten politische, wissenschaftliche und institutionelle Forderungen erhoben. Auch am Psychologischen Institut begannen Diskussionen in Lehrveranstaltungen, wurde von Lehrenden und Lernenden eine Institutsanalyse in Angriff genommen, was zu einer veränderten Struktur, zu neuen Formen der Arbeit führte. Erste wissenschaftskritische Beiträge wurden verfaßt, Studienprojekte mit politischen und sozialen Implikationen in Angriff genommen. Es traten politische Organisationen der Studenten auf. Anfang 1970 schloß sich das Institut dem neugebildeten 'Fachbereich 11: Philosophie und Sozialwissenschaften' an und unterstrich damit seine neue sozialwissenschaftliche Orientierung und seinen gesellschaftskritischen Anspruch. Auseinandersetzungen darüber, über die Neubesetzung eines Lehrstuhls und über den Einfluß politischer Studenten auf das Institutsgeschehen führten zum Auszug einer Reihe von Wissenschaftlern. Die verbliebene Mehrheit und neue Institutsmitglieder begannen den Aufbau demokratischer Strukturen im Institut und eines kritischen Lehr- und Forschungsprogramms. Anfang 1971 war eine Praxis in Gang

gesetzt, nach der das 'PI am Fachbereich 11' als ein Hort der kritischen Bewegung in der Psychologie angesehen wurde.

Ob das zu Recht geschah, wird erst nach einer genaueren Untersuchung der Entwicklung des Instituts ersichtlich sein. Eine solche Untersuchung liegt bisher nicht vor. Ansätze dazu lassen sich für die Jahre 1968 bis 1970 (Autorenkollektiv 1971, S. 11ff.; Holzkamp 1972, S. 207ff.) finden, für den darauf folgenden Zeitraum jedoch nur noch kursorische Hinweise (Mattes 1977; Pilz & Schubenz 1979). Hier soll nun der erste Versuch unternommen werden, aus einem inzwischen möglichen historischen Abstand heraus systematisch und unter Ausnützung der im Institut zugänglichen Quellen¹ die Entwicklung von der beginnenden Veränderung eines traditionellen Instituts über die Herausbildung einer dezidiert anderen Praxis des Wissenschafts- und Ausbildungsbetriebs bis zu deren Gefährdung und Aushöhlung in den 80er Jahren nachzuzeichnen.

Zunächst wird die Entwicklung der Institutsstrukturen dargestellt werden, dann soll auf die Inhalte der Ausbildung und den wissenschaftlichen Ertrag der Arbeit eingegangen werden. Der letzte Abschnitt wird Einschätzungen darüber gewidmet sein, ob das Institut seinem Anspruch wie auch den an es gerichteten Erwartungen, Wissenschaft demokratisch, kritisch und emanzipatorisch voranzutreiben, gerecht werden konnte. Was ist dabei an politischer Bewegung gelaufen, kann das Institut so etwas wie eine politische Identität beanspruchen, mit der es Einfluß auf wissenschaftliche und gesellschaftliche Prozesse gewonnen hätte?

2. Die Entwicklung einer demokratischen Institutsverfassung

Von den Stürmen der Studentenbewegung 1967/68 war das Psychologische Institut nicht berührt worden. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Freien Universität hatte es keine Go-ins, keine Besetzungen, keine Streiks und keine Veranstaltungssprengungen am Institut gegeben. Einige Lehrende des Instituts hatten sogar Verständnis für manche Forderungen der anderswo kämpfenden Studenten und schätzten die starren Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen staatliche und universitäre Instanzen reagierten, sehr kritisch ein. Sie setzten auf Dialog und Kooperation. So hatten die beiden Professoren am Institut, Hörmann und Holzkamp, im Herbst 1967 die 'Zwölf-Punkte-Erklärung von Professoren der FU' (Dok: Freie Universität 1983, S. 246f.) unterzeichnet, in der es u.a. hieß:

'Seit einiger Zeit ist ein großer Teil der Studenten von kritischer Unruhe erfaßt, der die akademischen und politischen Autoritäten oft eher hilflos oder mit rein administrativen Maßnahmen begegnet sind. Wir sind von der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen überzeugt und bitten deshalb alle Studenten und alle Kollegen, sich für diese Aufgabe auf Grund ihrer hochschul- und gesellschaftspolitischen Verantwortung mit aller Kraft einzusetzen. ... Die

vordringlichste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir in einer wirksamen Förderung der Studien- und Hochschulreform. Das kann nur in Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden geschehen.' (ebda.)

Ganz im Sinne dieser Erklärung ergaben sich aus den ersten Umfunktionsierungen von Lehrveranstaltungen am Psychologischen Institut im Rahmen der Kampagne gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze keine politischen Konfrontationen. Stattdessen wurden gemeinsam von Dozenten und Studenten die ersten Schritte zu einer Institutsreform unternommen. 'Zur Vorbereitung von Analyse und Neusatzung des Instituts' (Dok: Zwischenbericht 1968) bildete sich eine Kommission, die schon nach wenigen Wochen umfangreiche Papiere vorlegte. Die Arbeit scheint sehr kooperativ gewesen zu sein; ein gelegentlich etwas naiv anmutender Versuch, 'eine Analyse von durch Organisationsformen gesteuerten Verhaltensweisen vorzunehmen'. Ergebnisse in Form konkreter Vorschläge wurden unter dieser psychologisierenden Vorgabe noch nicht erzielt, es läßt sich aus dem Abschlußbericht jedoch deutlich die Bereitschaft zu Veränderungen hinsichtlich der Entscheidungsfindung, von Forschen, Lehren und Lernen erkennen. Satzungsregeln und eine permanente demokratische Hochschulreform wurden als zuvörderst notwendig angesehen. (ebd., 2)

Vorsichtig, noch wenig konkret wurde die Idee eines Institutsrats eingebracht. Die Ansprüche der Studenten lesen sich bescheiden. Sie leiteten sie ab aus dem der Gründungszeit der FU überkommenen 'Berliner Modell der Mitverwaltung der Studentenschaft in ihren eigenen Angelegenheiten', das sie erweitert sehen wollten auf Möglichkeiten der Mitentscheidung in allem, was im Interesse der Studenten an der Universität lag. Materielle Forderungen wurden diesbezüglich von ihnen noch nicht formuliert. Die Idee eines Institutsrats schien eher getragen von den Interessen des akademischen Mittelbaus, der sich eine Veränderung seiner Abhängigkeit von den Entscheidungen der Ordinarien versprach, vor allem was Personalangelegenheiten und den Einsatz in Lehre und Forschung anging. Ein Vorbild gab es zu jener Zeit bereits, im Satzungsentwurf des Otto-Suhr-Instituts für Politische Wissenschaften (Dok: Freie Universität 1983, S. 322f.). Dort sollte ein Institutsrat, drittelparitätisch mit Lehrstuhlinhabern, Studenten und dem sonstigen (wissenschaftlichen und Verwaltungs-) Personal besetzt, Beschlüsse fassen können, die die ebenfalls aus Vertretern aller Gruppen bestehende Institutsleitung ausführen sollte. Dieses Modell mußte offensiv, gegen den Widerstand von Mehrheiten vor allem in den zentralen Universitätsgremien durchgesetzt werden. Es wurde erst durch eine spezielle Gesetzgebung des Berliner Senats zur Erprobung von Modellen der Hochschulreform, dem sog. Vorschaltgesetz (Dok: Freie Universität 1983, S. 350f.), in Gang gebracht. Erst im Windschatten dieser Auseinandersetzung am Otto-Suhr-Institut erarbeitete sich das Psychologische Institut im Wintersemester 1968/69 eine Satzung, die trotz Differenzen zwischen den Gruppen im Detail von der Mehrheit aller Institutsmitglieder gebilligt und getragen wurde.

Die Satzung von 1969 (Dok: Satzung 1969) sieht einen Institutsrat vor, der über alle Institutsangelegenheiten berät und beschließt. Die Institutsleitung ist verpflichtet, die Entscheidungen des Institutsrats zu berücksichtigen und sich für ihre Verwirklichung einzusetzen. Der Institutsrat besteht aus den drei Professoren des Instituts, drei sonstigen Wissenschaftlern, drei Studenten und drei von den übrigen hauptamtlichen Mitarbeitern; er ist also strikt viertelparitätlich nach Mitgliedergruppen besetzt. Die nichtprofessoralen Institutsmitglieder haben damit über ihre Vertreter das volle Recht der Mitentscheidung, wobei sie die bisher allein entscheidungsbefugten Professoren auch überstimmen können – ein radikaler Bruch mit den herkömmlichen Entscheidungsstrukturen an deutschen Universitätsinstituten. Die Studenten können auch und gerade in Angelegenheiten von Forschung und Lehre mitbestimmen. Eingeschränkt sind nur die Rechte der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter in wissenschaftlichen Angelegenheiten. Die staatliche Aufsichtsbehörde hatte nach Klarstellungen, die die Freiheit von Forschung und Lehre sowie das Dienstrecht betrafen, keine Bedenken; das Modell wurde offiziell anerkannt. Das PI war damit nach dem Otto-Suhr-Institut und den Soziologen das dritte Institut an der Freien Universität und das einzige psychologische Institut in der BRD geworden, das sich mit demokratischen Verfahrensweisen im Wissenschaftsbetrieb versuchte.

Die Satzung von 1969 sollte eine Grundlage für eine neue Zusammenarbeit in Lehre und Forschung abgeben. In der Präambel wurden als Zielsetzungen genannt: Es soll ein Kooperationsstil gefördert werden, der nicht durch formale Positionen oder irrationales Prestige Überlegenheiten fixiert; Konflikte und Interessen sollen in rationaler Diskussion erkennbar und kontrollierbar werden; die Aktivitäten von Lehrenden und Lernenden sollen integriert werden. Es schimmern somit Vorstellungen des herrschaftsfreien Dialogs durch, wie ihn die Kritische Theorie in die Ideologie und Praxis der frühen Studentenbewegung eingebracht hatte.

Dialogbereitschaft und guter Wille schienen in der ersten Phase, in der das Modell praktiziert wurde, auch allgemein vorhanden. Es wird von einer relativ harmonischen Zusammenarbeit ohne feste Fraktionsbildung berichtet (Holzkamp 1972, S. 240). Trotz eines hoch angesetzten Bestätigungskriteriums (jährlich mußte mehr als die Hälfte jeder Mitgliedergruppe für die Weiterführung stimmen) hatte diese Satzung zwei Jahre Bestand. Doch der Konsens war brüchig. Einer der drei Professoren, Hörmann, verließ im Sommersemester 1969 das Institut mit der Erklärung, die Möglichkeiten wissenschaftlichen Arbeitens hätten sich 'in den letzten Jahren erheblich verschlechtert' (Dok: Freie Universität 1983, S. 152). Wegen des Abstimmungsverhaltens eines anderen Professors war ein Studentenvertreter zeitweise aus dem Institutsrat ausgezogen.

Im Sommersemester 1970 kamen Spannungen schließlich offen zum Ausbruch. Die Konflikte entzündeten sich an Personalfragen. Vorher war bei der Einstellung von acht Wissenschaftlern trotz erheblicher Differenzen noch ein Ausgleich erzielt worden. Anlässlich der Besetzung von Tutorenstellen für das Sommersemester 1970 wurde das nicht mehr geschafft. In diesem Verfahren wurden ganz überwiegend Kandidaten ausgewählt, die sich zu einer wissenschafts- und ideologiekritischen Orientierung bekannten, wobei sie die Stim-

men aller Studenten und der Mehrheit der Wissenschaftler im Institutsrat erhalten hatten. Eine Reihe von Wissenschaftlern aus dem Mittelbau (Wissenschaftliche Angestellte und Assistenten) sahen sich in ihrer eher positivistischen Auffassung ungerechtfertigterweise majorisiert und vermuteten hinter der Kandidatenaufstellung wie den Abstimmungsvorgängen das Werk der 'Roten Zelle Psychologie', einer marxistischen politischen Organisation von Studenten, die großen Einfluß auf Studenten wie auch auf einige Wissenschaftler gewonnen hatte. Die in der Abstimmung Unterlegenen sahen eine einseitige Wissenschaftskonzeption am Institut heraufziehen und beklagten das angebliche 'rücksichtslose Ausnutzen einer formalen Mehrheit' (Dok: Initiativgruppe 1970).

Ab März 1970 traten zwölf Angehörige des Mittelbaus und einige wenige Studenten als 'Initiativgruppe' auf und forderten für sich ein zweites Psychologisches Institut im Fachbereich Erziehungswissenschaften. Dieser Konflikt konnte im Rahmen der Institutsstrukturen nun nicht mehr gelöst werden. Die Auseinandersetzungen spielten sich außerhalb der Institutsghremien ab, es gab beiderseits Flugblattkampagnen, Versammlungen mit Resolutionen und schließlich eine zeitweilige Besetzung der Arbeitsräume der Initiativgruppe durch Angehörige der Institutsmehrheit. Bei der turnusmäßig vorgeschriebenen Abstimmung über die Satzung Anfang des Wintersemesters 1970 wurde diese wegen der Nein-Stimmen der Initiativgruppe nicht mehr bestätigt. Die Initiativgruppe wandte sich konsequent an über dem Institut stehende zentrale universitäre und außeruniversitäre Instanzen, wo sie in der Tat Unterstützung erfuhren. Nach zunächst inhaltenden Beschlüssen des Akademischen Senats gab das Kuratorium der Freien Universität im Herbst 1970 der Option der zwölf Mitglieder der Initiativgruppe und des gleichsinnig votierenden Professors A.O. Jaeger, sich vom Psychologischen Institut im Fachbereich 11 zu trennen und ein eigenes Institut im Fachbereich Erziehungswissenschaften aufzubauen, statt. Ihre Stellen und die Haushaltsmittel blieben dem Psychologischen Institut im Fachbereich 11 erhalten, Bibliothek und technische Einrichtungen wurden einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt. Das PI ging so nicht geschwächt, sondern in seinen inneren Möglichkeiten gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervor. Die Mehrzahl der Wissenschaftler und fast alle Studenten waren geblieben. Unter ihnen hatten die Kämpfe gegen die Spaltung des Instituts, zu der es im Wortsinne nicht gekommen war, ein Zusammengehörigkeitsgefühl und einen gemeinsamen Aufbauwillen befestigt, mit dem demokratische Institutsstrukturen weiter ausgestaltet und die personelle Basis der Arbeit ausgebaut werden konnte.

Sofort wurde eine neue Satzung erarbeitet, die von einer Institutsvollversammlung im Juni 1971 gebilligt und damit in Kraft gesetzt wurde. Es stand jetzt nicht mehr so sehr der Interessenausgleich zwischen den Gruppen der Studenten, des wissenschaftlichen und des nichtwissenschaftlichen Personals im Vordergrund, sondern Regelungen, mit denen die inhaltliche Arbeit in For-

schung und Ausbildung gefördert werden sollte. Die Präambel erspart sich demgemäß Floskeln zum herrschaftsfreien Dialog und nennt an erster Stelle eine inhaltliche Aufgabe: Es gilt herauszuarbeiten, welchen Interessen wissenschaftliche Arbeit dient und welchen Stellenwert sie für aufklärerische und emanzipatorische Bestrebungen hat. Es besteht Kooperations- und Konsultationspflicht, Lehr- und Lernfunktionen sowie technische Arbeiten sollten zusammengeführt werden und alle gemeinsam an den inhaltlichen Aufgaben mitwirken. Das Institut gliedert sich jetzt in 'Sektionen', denen Wissenschaftler oder bestehende Arbeitsgruppen nach ihren mittelfristigen Arbeitsschwerpunkten angehören, Studentenvertreter aus den zugehörigen Lehrveranstaltungen gewählt werden und sich sonstige Mitarbeiter zuordnen können. Paritäten zwischen den Gruppen spielen keine Rolle, der Möglichkeit nach haben die Studenten das stärkste Gewicht. Basis der Instituts- und Entscheidungsstrukturen waren so Lehrveranstaltungen und wissenschaftliche Arbeit geworden. In den Sektionen wird über alle Fragen von Forschung und Lehre, sowie über die Definition und die Besetzung zugeordneter Stellen beraten und beschlossen.

Bei der Verabschiedung der Satzung gab es die Sektionen 'Gesellschaftstheorie, Wissenschafts- und Erkenntnistheorie, Allgemeine Methodenlehre', 'Produktion', 'Geschichte der Psychologie', 'Analyse psychologischer Berufsrollen', 'Physiologisch-biologische Grundlagen', 'Sozialisation', 'Prävention und Therapie' und 'Umweltgestaltung'. Aus ihnen werden je zwei Wissenschaftler, zwei Studenten und ein Sonstiger Mitarbeiter in einen Sektionsrat gewählt, der das zentrale Entscheidungsorgan am Institut ist. Im Ergebnis sind in ihm in je gleicher Stärke die Vertreter der Wissenschaftler und der Studenten und in geringerer Anzahl die Sonstigen Mitarbeiter vertreten. In diesem Sektionsrat wird über die gemeinsamen Angelegenheiten aller Sektionen und des Instituts als Ganzem beraten und beschlossen, aber auch die Beschlüsse einzelner Sektionen etwa in Personalangelegenheiten kontrolliert, um Partikularismen vorzubeugen. Da das 1969 verabschiedete Berliner Universitätsgesetz ein Direktorium, in dem die Professoren mindestens die Hälfte der Sitze innehaben, vorschreibt, ist ein solches auch in der Satzung von 1971 des PI genannt, es soll jedoch zusammen mit dem Sektionsrat tagen und sich dessen Beschlüssen unterwerfen. Nach innen und für einige Jahre auch nach außen, d.h. von universitären und staatlichen Dienststellen, wird der Sektionsrat als maßgebliches Organ des Instituts akzeptiert.

Dieses Modell demokratischer Entscheidungsfindung sollte sich lange Zeit bewähren. So hat es bei vielen Stellenbesetzungen — meist der neuralgische Punkt des Interessenausgleichs — zwar häufig hart konkurrierende Positionen gegeben, Zwistigkeiten wurden gelegentlich mit erheblicher Schärfe ausgetragen, die letztendlich gefaßten Beschlüsse aber immer auch von den Unterlegenen angenommen. Zumal in der bald einsetzenden Beschneidung der Mitbestimmungsrechte in der Gesetzgebung hat sich das Modell als recht widerstandsfähig erwiesen und das PI zu einer Besonderheit im Erscheinungsbild der Universitätsinstitute gemacht. Eines der größten psychologischen Institute im deutschsprachigen Raum (1972 hatte es 50 Wissenschaftler, 29 studentische Tutoren, 15 Sonstige Mitarbeiter (PI-Info 28 (1972), 5) und 613 Hauptfachstudenten

(Dok: FU-Statistik) mit ansteigender Tendenz) wagte die radikale Demokratie im Wissenschafts- und Ausbildungsbetrieb.

Ab Wintersemester 1973/74 entstand insofern eine neue Situation, als in Zusammenhang mit einer Novellierung des Berliner Universitätsgesetzes die Weiterführung von Reformsatzungen nach Gesetzeslage ausgeschlossen wurde und die Behörden strikt dazu übergingen, nur noch Direktorien als Entscheidungsgremien der Institute anzuerkennen.

Im Fachbereich 11, dem das PI angehörte, gab es Proteste, Streiks, Boykott von Anweisungen des Universitätspräsidenten, Verweigerung von Kandidaturen und Störungen angeordneter Wahlen, um die Bildung der Direktorien zu verhindern. Die übergeordneten Instanzen saßen jedoch am längeren Hebel. Dem Psychologischen Institut wurde ein Stellenbesetzungsstop erst angedroht, dann wurde dieser durchgeführt, bis der Widerstand gebrochen war. Im Sommersemester 1976, nach entsprechenden Beschlüssen einer Vollversammlung, fanden sich unter dem Zwang der Verhältnisse alle Gruppen mehrheitlich bereit, Vertreter für ein Direktorium zu wählen und damit seine Konstitution zu ermöglichen. Verbunden mit der Wahl der Kandidaten war jedoch deren Selbstverpflichtung, sich an die Beschlüsse des Sektionsrates zu binden. Sektionsrat und Direktorium tagen zusammen und das Direktorium beschließt die Beschlüsse des Sektionsrats – das war die Konstruktion, mit dem der Oktroi unterlaufen und der Bestand der demokratischen Strukturen nach der Satzung von 1971 gewährleistet werden sollte. Die Arbeit des Instituts vollzog sich nun nach Beschlüssen von Gremien, die man als illegal ansehen konnte und die entsprechend leicht angreifbar waren. Um die demokratischen Strukturen zu schützen, ergab sich die Notwendigkeit, zwischen einer formal korrekten Außendarstellung und der davon abweichenden Praxis im Inneren zu unterscheiden, beide in ihrem sachlichen Gehalt aber deckungsgleich zu halten. Gefordert war damit von allen Institutsangehörigen ein hohes Maß an Loyalität zur Institutsverfassung, vor allem von den Professoren, die in den Wahlämtern des Geschäftsführenden Direktors und des Prüfungsausschußvorsitzenden Angelegenheiten nach außen vertreten mußten. Bei einzelnen von ihnen gab es Irritationen, die sich in Eigenwilligkeiten bis zu gelegentlichen Rücktrittserwägungen äußerten. Demgegenüber bildete sich als normative Instanz der sogenannte 'Institutskonsens', auf den Institutsmitglieder bei Zweifeln oder Abweichungen regelmäßig von den anderen verpflichtet wurden. Diese Norm, mit der weniger materielle dafür umso mehr soziale Sanktionen verbunden waren, erhielt die persönlichen und institutionellen Verhaltensmuster dort aufrecht, wo nicht die Einsicht in ihre Notwendigkeit herrschte.

Nachhaltige Probleme ergaben sich seit Mitte der 70er Jahre mit der Zusammensetzung der Sektionen. Diese hatten sich teilweise zu einem Umfang entwickelt, der konzentrierter Arbeit hinderlich wurde. Bezogen auf den Studienplan deckten sie sehr unterschiedliche Teilbereiche ab. Einige Wissenschaft-

ler wollten ihre Arbeitsgruppen als selbständige Einheiten berücksichtigt wissen, andere die Sektionen mit den Untergliederungen des Studienplans zur Deckung bringen. In den folgenden Jahren wurde eine Vielzahl von Veränderungsvorstellungen entwickelt, von denen sich jedoch keine als allgemeinverpflichtend durchsetzen konnte (PI-Info 132 (1975), 14; 175–177 (1977); Sondernummer 1983). Nachdem Versuche einer gemeinsamen Neugliederung nach inhaltlichen Gesichtspunkten jeweils gescheitert waren, zeigten sich in den Sektionen Auflösungserscheinungen: vor allem die auf das Studium im zweiten Studienabschnitt bezogenen 'Praxisintegrierenden Studieneinheiten' bildeten nach und nach jeweils für sich Arbeitseinheiten, die sich nicht mehr in Sektionen trafen. Nur die hauptsächlich auf den ersten Studienabschnitt, das Grundstudium, bezogenen Sektionen 'Geschichte/Berufspraxis/Produktion' (sie hatten sich vereint), 'Wissenschafts- und Erkenntnistheorie, Allgemeine Methodenlehre' und 'Biologisch-Physiologische Grundlagen' verharrten im alten Modell. Damit wurde das Delegationsverfahren Sektion – Sektionsrat obsolet. Mit einem ansonsten gescheiterten Satzungsentwurf von 1977 wurde der Sektionsrat durch einen Institutsrat ersetzt, in den Vertreter der funktionalen Gruppen 'Arbeitnehmer mit Lehraufgaben' (Wissenschaftler), 'Arbeitnehmer ohne Lehraufgaben' (Sonstige Mitarbeiter) und Studenten gewählt wurden. Die Studenten wählten aus einem Delegiertenrat, in dem studentische Delegierte aus den einzelnen Lehrveranstaltungen saßen, und der sich aus einem in Streiks und Aktionen bewährten studentischen Gremium heraus entwickelt hatte. Alle Wissenschaftler wählten als gemeinsame Gruppe, wobei darauf zu achten war, daß die förmlichen Mitglieder des Direktoriums auch Mitglieder des Institutsrats waren, um die Bindung des Direktoriums an die Beschlüsse des Institutsrats durch Personalunion zu festigen. Die Entkoppelung des zentralen Entscheidungsorgans von den inhaltlich bestimmten Basiseinheiten durch den Modus seiner Zusammensetzung begünstigte eine Verlagerung von Diskussionsebenen. Der Institutsrat wurde zunehmend zum Organ der Institutsverwaltung i.e.S. und vollzog darüber hinaus nur noch Bestätigungen von Entscheidungen unterschiedlich bestimmter Arbeitseinheiten. Die inhaltliche Arbeit wurde überwiegend in jenen, mal Sektion mal 'Basiseinheit' genannten, geleistet, womit sie einer zentralen Diskussion und Planung tendenziell entzogen wurde. Es häuften sich Erscheinungen von Partikularismus und Klagen über mangelnde Koordination von Lehre und Forschung: auf keiner Ebene finde eine konzeptionelle Arbeit an Struktur und Aufbau etwa des Gesamtstudiums mehr statt (z.B. PI-Info 281 (1983), S. 12f.). Die betreffenden Fragen wurden zum einen auf Vollversammlungen oder speziell dazu anberaumten Institutstagen verhandelt, wo sich Schwierigkeiten mit der systematischen Arbeit im Detail ergaben, zum anderen in einer aus den Arbeitseinheiten beschickten Entwicklungsplanungskommission, deren Zusammensetzung Ungleichgewichte aufwies und deren Entscheidungskompetenz eingeengt war. Die Auflösungserscheinungen der Sektionen mit der

Ablösung des Sektionsrats schufen ein strukturelles Defizit, mit dem gemeinsame inhaltliche Zielsetzungen nur noch schwer auszuhandeln waren.

Bemerkenswert bleibt jedoch, daß sich ein nichthierarchisches, demokratisches Organisationsmodell, in dem alle Mitgliedergruppen und eine Vielzahl von Arbeitseinheiten Einfluß auf das Institutsgeschehen nehmen konnten, über die Zeit und über die Belastungen von innen wie von außen halten konnte. Die Hochschulgesetzgebung des Jahres 1986 schuf neue Realitäten, gegenüber denen eine weitere Bewährung gefordert wäre. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels ist die weitere Entwicklung der damit verschärften Widersprüche noch nicht abzusehen.

3. Eine andere Psychologie als Wissenschaft und in der Ausbildung

3.1 1968: Andeutungen eines veränderten Wissenschaftsverständnisses

So wie das PI in den Auseinandersetzungen um demokratische Strukturen an der Hochschule eine vergleichsweise späte und anfangs eher konfliktarme Entwicklung nahm, gingen von ihm in den stürmischen Tagen der antiautoritären Studentenbewegung im Jahre 1967 und bis Ostern 1968 auch keine inhaltlichen Impulse aus. In der Institutsgeschichte lassen sich Spuren aus dieser Zeit nicht aufspüren.

Bis Mitte des Jahres 1968 dominierte am Institut noch fraglos eine methodologisch ausgerichtete, neopositivistische Psychologie – normale Verhältnisse in der damaligen akademischen Psychologie. Psychologie betraf Gegenstände, die nach Maßgabe ihrer experimentellen oder statistischen Faßbarkeit bestimmt waren und reflektierte vor allem ihre immanenten Verfahrensweisen. Fragen nach der individuellen oder sozialen Bedeutung von Wissenschaft waren innerhalb dieses Spektrums nicht zugelassen. Ob und wofür Wissenschaft nützlich ist, galt als außerwissenschaftliche Frage persönlicher oder gesellschaftlicher Wertsetzungen. Holzkamp, der diese Zeit am Institut aus eigener Erfahrung schildert (Holzkamp 1972, S. 211ff.), spricht von einem 'liberalen' Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft – wenn dieses überhaupt thematisiert wurde. Nur einzelne Studenten äußerten Zweifel. Auf der Ebene des dokumentierten Institutsgeschehens gibt es zum ersten Mal in den Papieren der Institutsanalyse (vgl. oben, S. 30f.) des Sommersemesters 1968 Anzeichen dafür, daß sich das überkommene Wissenschaftsverständnis destabilisiert hat. Es ist die Rede von der 'Erfahrung, daß sich der Bereich der Probleme, deren Behandlung möglich und sinnvoll erschien, allmählich immer mehr erweiterte'

und: 'aus positivistischem Selbstverständnis herrührende Beschränkungen auf fachwissenschaftliche Fragen wurden immer stärker aufgebrochen' (Dok: Zwischenbericht 1968, S. 1f.). Eine Gruppe 'Forschung' konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Bericht einigen. Hier steht ein Papier, das ausdrücklich in der Sprache der neopositivistischen Forschungslogik verfaßt ist, neben einem anderen, das das Problem des Verwendungszusammenhangs und der historischen Voraussetzungen von Forschung thematisiert, die freiwillige Beschränkung innerhalb gesellschaftlicher und institutioneller Grenzen kritisiert und schließlich fragt:

'Konnte sich das Institut nicht nur deswegen als relativ frei in seiner wissenschaftlichen Forschung verstehen, als es Fragestellungen vernachlässigte, welche eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse anregen könnten und damit einem Konflikt mit den herrschenden politischen Kräften aus dem Wege ging? ... Vielleicht werden wir gerade solche Forschungsthemen als besonders relevant zu betrachten haben, in denen die Psychologie bewußt und reflektiert auf Kollisionskurs mit der bestehenden Gesellschaftsordnung geht.' (ebd., S. 10)

3.2 *Studentische Projektarbeit im Schülerladen Rote Freiheit*

Nicht die Wissenschaftler sondern Studenten haben am PI dann diesen Kurs als erste eingeschlagen. Im Rahmen der Institutssatzung von 1969 wollten sie einen 'selbständigen studentischen Sektor' nutzen, um 'über kurzatmige Institutspolitik und partikulare Wissenschaftskritik' hinaus (Autorenkollektiv 1971, S. 16) zu einer Neubestimmung wissenschaftlicher Arbeit in der Praxis zu kommen. Diese Praxis nannten sie 'Projektarbeit'.

'Die Diskussion um die Umstrukturierung der Arbeit am Institut ist seit den Gesprächen über eine Satzung in Gang. Wir haben dabei festgestellt, daß man dem Widerspruch zwischen wertfreier Forschung und deren Verwertung durch die herrschende Klasse entgegentreten muß. Das kann geleistet werden durch eine Vermittlung von Theorie und Praxis, die nicht nur gesellschaftliche Lebenspraxis theoretisch auf ihren Begriff bringt, sondern zugleich verändernd in diese Praxis eingreift.' (ebd., S. 19)

Es waren diese Ideen studentischer Projektarbeit, die eine radikale Wissenschaftskritik in das Institut einbrachten. Radikal war diese Wissenschaftskritik, weil sie Wissenschaft neu begreifen und neu machen wollte, nämlich als Praxis der Gesellschaftsveränderung. Entsprechend dem inzwischen entwickelten Bewußtseinsstand der Studentebewegung sollten dies sozialistische Veränderungen sein. Den Ort dieser Veränderungen begann man außerhalb der Universität zu sehen, dort wo die potentiell revolutionäre Klasse, die Arbeiterklasse, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen fand. Studentische Projektarbeit wollte die Formen von Ausbildung und Forschung partiell von der Universität ablösen, indem sich diese im Medium außeruniversitärer Verhältnisse vollziehen und verändern sollten. Die handlungsleitenden Theorien würden sich, so hoffte man,

aus der konkreten Arbeit, aus den praktischen Erfahrungen selbst ergeben, sie bräuchten mithin nicht aus tradierter Wissenschaft übernommen werden.

Als Projekt dieser Art entstand am PI das 'Schülerladenprojekt'. Auf Antrag wurden einer Gruppe von Studenten Mittel bewilligt, um im Arbeiterstadtteil Kreuzberg einen ehemaligen Laden anzumieten, in dem sie mit Schülern deren Ausbildungs- und Lebensbedingungen bearbeiten wollten. Die Schüler sollten durch gemeinsame Aktivitäten und durch Anschauung zur Einsicht in ihnen verborgen gebliebene Möglichkeiten zu solidarischer Lebensgestaltung gebracht werden. Die Studenten hofften, das Wie dieses Prozesses in der Arbeit zu erfahren und ihrerseits ihre individuelle und soziale Perspektive erweitern zu können. Einen theoretischen Standort vermißte man im Verlauf der Arbeit dann jedoch schnell. Man suchte ihn aber nicht im individuo- oder kleingruppenzentrierten Inventar der Psychologie, sondern in einer Theorie der Gesellschaft, die die vorgefundenen konkreten Verhältnisse zu entschlüsseln und den Weg über sie hinaus zu weisen in der Lage war. Noch eher vage, unorthodox, aber voll Hoffnung zog man die marxistische Theorie der Klassengesellschaft und Lehren aus der Geschichte der Klassenkämpfe heran. Die Arbeit im Schülerladen währte nur einige Monate, war von immensen praktischen und konzeptionellen Schwierigkeiten geprägt und endete in Zerstörung von innen und außen: der Laden wurde von Schülern selbst demoliert und das Kollektiv durch eine Hetzkampagne der in Berlin dominierenden Presse des Axel Springer Verlags übel diffamiert, bis seinen Mitgliedern die zu diesem Zeitpunkt ohnehin stagnierende Arbeit durch staatliche Aufsichtsmaßnahmen untersagt wurde. Wichtig und von Bestand sind die Erfahrungen, die die Beteiligten gemacht und sehr genau reflektiert haben. Das Buch mit Dokumenten, Protokollen und Analysen (Autorenkollektiv 1971) ist lesenswert, es zeigt den Erfolg eines produktiven studentischen Herangehens an praktische Wissenschafts- und Gesellschaftskritik, die gerade auch aus ihren Fehlern und Grenzen zu lernen vermochte.

Am Schülerladenprojekt waren Dozenten des Instituts kaum beteiligt. Im Laden arbeitete ein Assistent (Keiler) mit und der Hochschullehrer Holzkamp trug eine formale Verantwortung, beteiligte sich aber auch an Diskussionen. Mit dem Schülerladen hatten – bei allen Schwierigkeiten und trotz des Scheiterns – die Studenten vor den Wissenschaftlern am Institut neue wissenschaftliche und politische Möglichkeiten aufgezeigt.

3.3 Der Einfluß der Studenten auf die Veränderungen in der Ausbildung 1969 bis 1971

Die Studienreformkommission des Instituts, maßgeblich beeinflusst durch ihre studentischen Mitglieder, forderte im Februar 1970 allgemein die Überführung des klassischen Vorlesungs- und Seminarstudiums in ein Projektstudium (Dok:

Studienreformkommission 1970). Lehr- und Forschungsarbeit traditioneller Art sei nur noch als Zuarbeit zu Projekten zu betreiben. In den Projekten müsse die Trennung von Forschung und Lehre aufgehoben sein, alle Mitglieder zu Subjekten eines kollektiven Arbeitsprozesses werden. Studentische Gruppen würden sich von den inhaltlichen und methodischen Vorgaben der Lehrpersonen fort-schreitend lösen und 'selbstgestellte Aufgaben selbst erledigen' (ebd.).

Schritte auf diesem Weg wurden im Tutorenprogramm des Instituts voll-zogen (Dok: Tutorenprogramm 1970). In Erweiterung der damals von Hoch-schuldidaktikern entwickelten Idee, nach der studentische Tutoren die Lehrinhalte der Dozenten in Kleingruppenarbeit mit ihren Kommilitonen aufarbeiten sollten, sollten am PI studentische Gruppen selbständig unter Beiordnung eines Tutors (oder Mitarbeiters) in Bereichen arbeiten, die im traditionellen Lehrpro-gramm zu kurz kamen. Dies waren Bereiche, aus deren theoretischer Durch-dringung und praktischer Kenntnisnahme eine Orientierung auf die Wirklichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse, ihre historische und institutionelle Gewordenheit, die Möglichkeit ihrer Überwindung entwickelt werden sollte.

Tutoren sollten eingestellt werden für die Bereiche 'Produktion', wo die marxistische Theorie der Gesellschaft und Analysen der Arbeitswelt zu erarbeiten waren, und 'Sozialisation', wo ein Bezug zu den Lebens- und Ausbildungsbedingungen unterprivilegierter Schichten herzustellen war. Desweiteren sollte die gängige psychologische Theorie und Praxis in ihren Verkehren und Verkürzungen erkannt, aber auch in emanzipatorische Richtung entwickelt werden. Dafür waren Tutorien im Bereich 'Geschichte der Psychologie' und 'Wissenschafts- und Erkenntnistheorie' gedacht. Unsystematisch stehen daneben Tutorien für den Bereich 'Methodenlehre' – wahrscheinlich ein Zugeständnis an die schmerzlichen Erfordernisse der gültigen Prüfungsordnung, die nachgewiesene Studienleistungen in diesem ungeliebten Fach vorschrieb. Dann gab es noch den Wunsch nach einer rechtzeitigen Beschäftigung mit psycho-logischer Berufspraxis (Dok: Grundsatzerklärung 1969, S. 2) – eine im damaligen akademischen Betrieb etwas anrühige Forderung. Sie intendierte keineswegs die Anpassung an die Bedürfnisse eines Marktes, sondern Berufspraxis sollte in ihrer gesellschaftlichen Funktion analysiert und kritisiert werden. Dabei sollten Möglichkeiten einer 'antikapitalistischen Praxis' erkundet werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die Veränderung des Prüfungs-wesens diskutiert.

Aus der Studienreformkommission kam 1970 der Vorschlag (Dok: Studienreformkommis-sion 1970), die Prüfungen durch einen studienbegleitenden Personalbogen zu ersetzen, in dem die Teilnahme an Projekten und anderen Lehrveranstaltungen bestätigt, aber nicht bewertet würde. Es sollten Kriterien entwickelt werden, nach denen zu gegebener Zeit anhand dieses Bogens der Studienabschluß einfach festgestellt und bescheinigt würde. Es sollte so einer Formierung des Ausbildungsgangs durch Prüfungserfordernisse und Prüfungsfächer entgegen-gewirkt werden. So etwas wurde allerdings auch nicht ansatzweise realisiert. Alles was die Studenten hier durchsetzen konnten, war freie Prüferwahl, Öffentlichkeit der Prüfungen mit zeitweise auch studentischen Beisitzern, Gruppenprüfungen auf Wunsch und Vorbesprechungen der mündlichen und schriftlichen Prüfungsthemen. Prüfungen sollten so weniger repressiv und bedrohlich erlebt werden. Auf diese Forderungen ließen sich die Prüfer bereitwillig ein. Später

wurden sie zur Dauereinrichtung, legalisiert durch Prüfungsordnungen und Beschlüsse des Prüfungsausschusses.

An der Existenz von Prüfungen, die jeweils am Ende des Grund- und Hauptstudiums abzulegen waren, konnte allerdings nicht gerüttelt werden. Ebenso wurden die üblichen Prüfungsfächer mit späteren geringfügigen Modifikationen entsprechend der Rahmenprüfungsordnung der Kultusministerkonferenz von 1973 beibehalten. Sie blieben den inhaltlichen Veränderungen der Ausbildung am Institut äußerlich.

Für das Tutorenprogramm wurden im Herbst 1969 sechs und im Sommer 1970 weitere zehn Stellen genehmigt und besetzt. Auf die Personalauswahl und das Besetzungsverfahren nahmen interessierte Studentenvertreter nach Kräften Einfluß – eine Möglichkeit, die ihnen die Satzung von 1969 einräumte, was aber den Anstoß zur Absetzbewegung einiger Wissenschaftler in der Initiativgruppe gab. Die politisch und fachlich bewußten Studenten hatten erkannt, daß inhaltliche Veränderungen nicht nur über neue Ideen und exemplarische Praxis eingeleitet, sondern auch personell und materiell im Institut verankert werden mußten. Sie hatten dies so formuliert:

"Allerdings wäre eine Revision der Personalpolitik fällig. Es reicht nicht länger, psychologische Fachidioten zu suchen, denen die Welt in Mensch einerseits und Gesellschaft qua Naturhintergrund andererseits zerfällt, die sich vergeblich nur für ahistorische Zusammenhänge von Verhalten interessieren." (Dok: Gundsatzerklärung 1969, S. 2)

In diesem Sinne setzten sie ihre Voten bei den Tutoreneinstellungen, bei der Einstellung von acht neuen Wissenschaftlern 1969/70 und bei der Neubesetzung der Stellen der Mitglieder der Initiativgruppe 1970/71 ein. Ein von den Hochschullehrern des Instituts außerhalb der Institutsghremien zum Berufungsvorschlag gebrachter Hochschullehrer, Eyferth, wurde nach Diskussionen mit ihm in einer Vollversammlung dazu gebracht, den ergangenen Ruf ans Institut abzulehnen. Mit Ablauf des Jahres 1970 war so eine relativ homogene Basis für die neue Richtung im Lehrkörper geschaffen worden. Dieser war nun in seiner Gesamtheit willens, zusammen mit den Studenten ein Lehr- und Forschungsprogramm auszuarbeiten und zu verwirklichen.

Von den älteren Mitgliedern des Instituts, die geblieben waren, waren viele schon in der Vergangenheit von den Studenten angeregt worden und hatten ihre Forderungen unterstützt. Andere waren ihnen zumindest nicht entgegengetreten. Auf einen muß hier gesondert eingegangen werden: Klaus Holzkamp.

Das PI wurde und wird manchmal als 'Holzkamp-Institut' apostrophiert. Vermutlich steht dahinter die Vorstellung, ein Ordinarius hätte eine Konzeption entwickelt, sie an 'seinem' Institut durchgesetzt und seine Schüler und Studenten seien ihm in deren Umsetzung gefolgt – eine Vorstellung, die den gängigen Verhältnissen an den damaligen Universitäten durchaus entspräche. So war es am PI jedoch nicht. Holzkamp, ab 1967 neben Hörmann und später A.O. Jaeger Professor, vorher Assistent und Privatdozent, war in den 60er Jahren ein in Wissenschaftskreisen recht bekannter Psychologe, der zuletzt mit differenzierten Überlegungen zum Methodenproblem in der experimentellen Psychologie (u.a. Holzkamp 1964, 1968) brilliert

hatte. Von seiner bis dahin betriebenen, immanenten Auseinandersetzung mit der positivistischen Psychologie rückte er in seinen Arbeiten am 1969 (zusammengefaßt in Holzkamp 1972) zunehmend ab. Er spricht später von seiner 'Politisierung mit der Studentenbewegung' (Holzkamp 1983a, Klappentext) und beschreibt, wie er aus Diskussionen mit politisch bewußten Studenten am Institut in den Jahren 1967 und 1969 lernte, u.a. durch Teilnahme an von Studenten (u.a. Folwaczny, Dencker, Staeuble) gestalteten Kolloquien (Holzkamp 1972, S. 224f.). Im Schülerladen trug er formell die Verantwortung. Bedingung für die Mittelzuweisung an das Projekt war die Übernahme durch einen Hochschullehrer des Instituts gewesen, was Holzkamp tat, ohne für das Vorhaben stimulierend oder für seinen Ablauf in der Sache verantwortlich gewesen zu sein. Er wurde jedoch in der Kampagne gegen das Projekt zum Angriffsobjekt erkoren und in den folgenden Auseinandersetzungen als Repräsentant angesehen. Realiter war er, und betrachtete sich auch so, Mitglied des Kollektivs, für ihn ein Erfahrungsfeld, 'in dem er gemeinsam mit den teilweise schon bewußteren Studenten Denkanstöße für eine Neubestimmung der Psychologie als emanzipatorischer Wissenschaft gewinnen wollte' (Autorenkollektiv 1971, S. 21). Er hat diese Denkanstöße allerdings sehr schnell aufnehmen und auch in Publikationen umsetzen können. Diese Arbeiten wurden außerhalb des Instituts mit Recht viel diskutiert; von außen gesehen lag es nahe, dies für das zu nehmen, was am Institut sich entwickelte. Das ergäbe jedoch ein schiefes Bild. Für eine Geschichte des Instituts selbst ist es wichtig festzuhalten, von wo die maßgeblichen Initiativen kamen — in der Phase des Aufbruchs aus den Reihen der Studenten — und wie sie am Institut umgesetzt wurden — nämlich als ein kollektiver Prozeß. Für Holzkamp gilt, daß er aus Überzeugung aktiv die Impulse aufgenommen, sie produktiv weiterentwickelt und auch wieder eingebracht hat. Im Institut ordnete er sich demokratisch und solidarisch unter. Zu würdigen ist dabei, daß er sich durch Appelle an seine vorgeblichen Amtspflichten und durch Angriffe auf seine wissenschaftliche wie persönliche Integrität nicht von seiner Parteinahme hat abbringen lassen.

3.4 Die Ausbildungskonzeption von 1971

Für den Beginn des Sommersemesters 1971 war eine Konzeption für die Ausbildung erarbeitet worden (Dok: PI 1971, S. 43–59, S. 87–109). In ihr war eine deutliche Abkehr von den überkommenen Teildisziplinen der Psychologie und ihren Inhalten, wie sie sich etwa in der Prüfungsordnung niederschlugen, vollzogen. Gliederungsgesichtspunkte waren thematische Bereiche geworden, die sich aus der Kritik der überkommenen Psychologie als notwendig herausgestellt hatten und die teilweise eine Verallgemeinerung der inhaltlichen Schwerpunkte des Tutorenprogramms auf die Gesamtausbildung darstellten.

In den beiden Anfangssemestern sollte die Ausbildung fundiert werden in einem sozialwissenschaftlichen Grundstudium. In diesem sollte die 'Sektion Produktion' gesellschaftstheoretisches Grundwissen vermitteln — außer Frage stand hier die Rezeption der historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie über das Studium des Marx'schen Kapital —, und die 'Sektion Wissenschafts- und Erkenntnistheorie' sollte die historisch für die Entwicklung der Psychologie bedeutsam gewordenen philosophischen und erkenntnistheoretischen Konzeptionen einbringen. Dieses allgemeine, sozialwissenschaftliche Grundstudium sollte hinleiten zu einem fachspezifischen Grundstudium, in dem der theoretische Bestand der Psychologie in seiner historischen und gesellschaftlichen Gebundenheit zu erarbeiten war. Die gesellschaftliche Funktion der Psychologie sollte kritisch reflektiert werden. Dies war die Aufgabe der Sektionen Geschichte der Psychologie und Analyse psychologischer Berufsrollen. In der Sektion Soziali-

sation sollte mehreres geleistet werden: eine Integration des in Teildisziplinen aufgespaltenen Wissens über Sozialisationsprozesse in den institutionellen Bereichen der Familie, der Schule und der Berufsfindung; die Überprüfung dieses Wissens auf seine institutionelle und soziale Funktion und die Herausbildung einer klassenspezifischen Betrachtungsweise; schließlich die historische Analyse der Sozialisationsinstanzen selbst und der Möglichkeit ihrer Reformierbarkeit. Hier sollte auch schon eine kritische Orientierung auf Berufsperspektiven erfolgen, ebenso wie im Angebot der Sektion Prävention und Therapie. Von letzterer wurde eine Therapieausbildung in Modelleinrichtungen am Institut ins Auge gefaßt, was im Kontext gesehen wenig reflektiert erscheint. Auf der Linie des insgesamt wissenschaftskritischen Konzepts lag in dieser Sektion ein zweisemestriges Forschungseminar zur gesellschaftlichen Funktion der Psychoanalyse. Die Sektion Physiologisch-biologische Grundlagen stand im Konzept ebenso außerhalb der Systematik wie eine Sektion Umweltgestaltung, die i.Ü. auch nie ihre Arbeit aufgenommen hat. Soweit die Inhalte des Grundstudiums bis zu Vordiplom. Das Hauptstudium war inhaltlich weniger ausgearbeitet. Es sollte aus aufsteigenden Stufen bestehen, auf denen über die Spezifizierung der Inhalte des Grundstudiums zu Forschungsbeteiligung und Vermittlung der Theorie mit praktischer Betätigung fortgeschritten werden könne. Kernpunkt des Programms von 1971 war der Entwurf eines Grundstudiums, der sich durchaus als tragfähiger Rahmen für die Zukunft erweisen sollte.

Als allgemeine Leitlinie war die Konzeption einer 'Kritisch-emanzipatorischen Psychologie' vorangestellt, die deutlich Holzkamps Handschrift trägt. Sie geht aus von der Kritik der herrschenden, experimentellen Psychologie, die methodisch den Menschen von seiner gesellschaftlichen und historischen Bestimmtheit trenne, abstraktes Wissen produziere, das außerhalb ihrer Zuständigkeit zur Disposition steht. Das Selbstverständnis dieser Psychologie und ihre Interessenverflechtungen seien zu analysieren. Es könne gezeigt werden, daß in der Theoriegeschichte der Psychologie 'der Mensch zum Organismus verkürzt und damit seiner Geschichtlichkeit beraubt wurde' (Dok: PI 1971, S. 32). Solche Analysen dürften jedoch nicht in einer Kritik der Psychologie stecken bleiben, vielmehr sollten jene Ansätze aufgenommen und weiterentwickelt werden, die für emanzipatorische Zwecke tauglich sind oder dazu gemacht werden können. Kritisch-emanzipatorische Psychologie habe 'i.w.S. aufklärerische Funktion, d.h. sie untersucht jene Bedingungen, durch welche Menschen daran gehindert sind, die materiell-gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen sie stehen, sich zum Bewußtsein zu bringen und damit soweit wie gegenwärtig möglich, zu Subjekten ihrer Lebensgeschichte zu werden' (ebd., S. 34). Psychologische Berufstätigkeit dürfe nicht, auch nicht aus kritischer Einsicht in Funktionszusammenhänge, abgelehnt, 'abstrakt negiert' werden, sondern sei auszunützen. Der Psychologe müsse Stellung beziehen und seine Möglichkeiten der institutionellen und gesellschaftlichen Veränderung aufspüren.

Unschwer läßt sich erkennen, daß diese Konzeption sich in der Struktur des Ausbildungsplans und der Ausbildungsziele in der Tat wiederfindet: von der Analyse des gesellschaftlich und wissenschaftlich Gegebenen über die kritische Aufnahme und Weiterentwicklung von Psychologie bis zur Vorbereitung auf eine Berufspraxis, deren emanzipatorische Möglichkeiten zu entdecken sind. Dieser in sich geschlossene Ansatz war gleichwohl im Institut auch umstritten.

Es kam heftige Kritik aus den Reihen politischer Studenten, die nach den Lehren des Marxismus-Leninismus unmittelbar den revolutionären Klassenkampf suchten. Sie fürchteten eine Bindung an den Idealismus der Psychologie, indem Illusionen über angeblich positive Seiten in ihr geschürt würden, und an eine kleinbürgerliche Berufspraxis, die allenfalls zu einer reformistischen Lösung gesellschaftlicher Widersprüche beitragen könne (Dok: KSV 1971, S. 4ff.). Holzkamp selbst kritisierte an seinen Ideen zu einer kritisch-emanzipatorischen Psychologie wenig später 'Momente gesellschafts- und wissenschaftstheoretischer Flachheit' (Holzkamp 1972, S. 251ff.).

3.5 Die Phase kollektiver Arbeit ab 1972: Konzeptionen materialistischer Wissenschaft

Im Institut intensivierten sich die Diskussionen. In den Sektionen gingen von den vielen neuen Mitgliedern, die mit den Neueinstellungen 1970/71 an das Institut gekommen waren, kräftige, verändernde Impulse aus. Die Inhalte der Lehrveranstaltungen, die Forschungsvorhaben sowie ein gemeinsamer konzeptioneller Rahmen wurden diskutiert. Standpunkte mußten sich in wissenschaftlichen und politischen Kontroversen bewähren und in den einzelnen Sektionen wurde so etwas wie Vereinheitlichung angestrebt. Man kam überein, im Wintersemester 1971/72 in einer Ringvorlesung Ergebnisse dieses Arbeitsprozesses aus allen Sektionen vorzustellen. Diese Ringvorlesungen mit ihren Vor- und Nachbereitungen (Dok: Ringvorlesungen 1972; nur die Beiträge aus der Sektion Geschichte und Berufspraxis sind außerhalb des Instituts veröffentlicht worden: Psychologie als historische Wissenschaft 1972) leitete eine Phase kollektiver Ausarbeitung wissenschaftlicher Theorien und Befunde am Institut ein.

In vielen Beiträgen der Ringvorlesung ist recht genau die Methodik und Gegenstandsverfassung einer materialistischen Wissenschaft programmatisch entwickelt. Es kann aber nicht von einer uniformen Konzeption die Rede sein. Es eröffnet sich ein Spektrum wissenschafts- und gesellschaftstheoretisch begründeter Herangehensweisen, die ihre Einheit im Bemühen um Materialismus statt Idealismus finden, ihre Vielfalt in spezifischen Differenzierungen der Methodik und der Gegenstandsbestimmung. Einigkeit herrscht darüber: Wissenschaft hätte mit der Methode der historischen Analyse zuerst nach den Grundlagen des gesellschaftlichen Lebensprozesses zu fragen, sie sei in diesem Sinne historisch-materialistische Wissenschaft und könne an die entsprechenden philosophischen und sozialwissenschaftlichen Traditionen anknüpfen. Die historische Analyse ist zuvorderst anzuwenden zum Verständnis wissenschaftlicher Aussagen und Systeme selbst; Theorienbildung kann aus der realgeschichtlichen Entwicklung und ihrer gesellschaftlichen Grundlage erklärt

werden. Die marxistische Gesellschaftstheorie erfordert dazu Einsichten in die Art und Weise der materiellen Produktion und die Vermittlung der geistigen Produkte zu ihr. Wissenschaftskritik ist dann historisch-gesellschaftliche Funktionsanalyse, die Einschätzung der konkreten Bedeutung von Wissenschaft für den gesellschaftlichen Lebensprozeß. Dieser Ansatz wird vor allem in den Beiträgen der Sektionen Geschichte und Berufspraxis, Produktion, Wissenschafts- und Erkenntnistheorie durchgehalten. In der Analyse der Einzelwissenschaft Psychologie beginnen Positionen zu differieren: vom analytischen Begreifen-Wollen der historischen Konstitution der Psychologie über die unterschiedliche Bestimmung ihrer Funktion in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen und Teilbereichen bis hin zur expliziten Kontroverse, ob Psychologie bürgerliche Ideologie, das hieße historisch relativ und überwindbar oder 'Produktivkraft', das hieße notwendig und nützlich für die Entwicklung der materiellen Produktion und der Kooperationsbeziehungen, sei. Hier setzt sich ein politischer Streit um die mögliche Stellung des Psychologen in den Klassenauseinandersetzungen auf theoretischer Ebene fort. Die Folgerungen für die Ausbildung reichten in den Extremen von einer bewußten Beschränkung auf Kritik der Psychologie auf der einen Seite bis hin zur Forderung: bürgerliche Psychologie studieren! auf der anderen Seite.

Bei der Erstellung der Beiträge der Ringvorlesung, anläßlich ihres Vortrags und bei der Nachbereitung in den Sektionen des Instituts hatten sich die Autoren aufeinander zu beziehen. Auseinandersetzungen wurden ausgetragen und Widersprüche waren auszuhalten. Die Ringvorlesung 1971/72 war so ein Höhepunkt gemeinsamer Arbeit an tragfähigen Konzeptionen unter den Wissenschaftlern des Instituts. Ein genuiner Beitrag der Studenten wird hier im Gegensatz zu den vorangegangenen Phasen der Institutsgeschichte nicht mehr deutlich, wenn man einmal davon absieht, daß die Standpunkte der Wissenschaftler aus ihrer Geschichte um und in der Studentenbewegung zu verstehen sind. Jetzt kommentierten die Studenten und ihre politischen Organisationen die Neuorientierung des Instituts nur noch: In den Institutszeitingen der ADSPsych (Impulse) und des KSV (Kommunistische Studentenpresse) wurden entsprechend der Grundorientierung dieser Organisationen (vgl. Mattes 1985, S. 304-307) häufig deutliche Worte gesprochen. Ob und inwieweit sie die Wissenschaftler damit in die Pflicht nehmen konnten, ist im Nachhinein nicht mehr aufzuklären. Diese jedenfalls stürzten sich mit Eifer in ihre kollektiven Arbeitsbeziehungen. Gemeinsam, mindestens in Gruppen, die aufeinander bezogen waren, zu arbeiten, war für mehrere Jahre am Institut die Norm. Es gab dabei Arbeitsgruppen, die sich direkt aus der Sektionsgliederung ergaben, wie etwa in den Sektionen Wissenschafts- und Erkenntnistheorie, Produktion, Geschichte und Berufspraxis, ebenso wie solche, die sich quer zur Institutsgliederung organisierten, wie die später an die Öffentlichkeit tretende Kritische Psychologie. Inhaltlich hatten sich mit der Ringvorlesung Ansätze herausgebildet, die sich in der Folgezeit profi-

lierten. Bis Ende der 70er Jahre entstand eine Reihe von Veröffentlichungen, die programmatisch mit der Ringvorlesung vorbereitet waren. Sie haben maßgeblich zur Entwicklung einer sich kritisch verstehenden Psychologie im deutschsprachigen Raum beigetragen.

An erster Stelle, weil ganz unmittelbar in der Ringvorlesung inhaltlich wie methodisch angekündigt, sind hier die Arbeiten zur Geschichte der Psychologie zu nennen. Die historische Konstitution der Psychologie, ihrer Gegenstände und ihrer Methoden wurde von verschiedenen Mitarbeitern des Instituts eingehend untersucht, von der Entstehung einer Einzelwissenschaft im 19. Jahrhundert (Jaeger & Stauble 1978) bis zu ihrer aktuellen Verfassung in der BRD (Maikowski, Mattes & Rott 1976) und der DDR (Kleemann 1975). Dazu gehören auch die später, aber noch im gleichen Arbeitszusammenhang entstandenen Arbeiten zur Psychologie im Nationalsozialismus von Geuter (1984) und die von Bartel zur Testanwendung in der Schule (Bartel 1986) ebenso wie viele kleinere Arbeiten der genannten Autoren (vgl. dazu Geuter & Mattes 1984). In den meisten dieser Arbeiten wird mit der Analyse von materiellen, sozialen und ideellen Verhältnissen Kritik an einer ihren historischen und systematischen Beschränkungen negierenden Wissenschaft verbunden. Sie sind so eine wissenschaftliche Fortsetzung des Bemühens um politische Kritik an der Psychologie aus der Studentenbewegung.

Um eine gesellschaftswissenschaftliche Kritik unmittelbar an den herrschenden Verhältnissen bemühten sich Mitglieder der Sektion Produktion. Neben der Ausgestaltung des Studiums des Marx'schen Kapital in der Ausbildung untersuchten sie die Klassenverhältnisse in der BRD im über das PI hinausreichenden 'Projekt Klassenanalyse' und schufen einschlägige Publikationsorgane über den 'Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung' (vsa). Zu ihren Arbeitsvorhaben gehörte die Entwicklung einer Sozialwissenschaft der Arbeit, was allerdings nicht bis zu zusammenfassenden Veröffentlichungen gediehen ist. In den Auseinandersetzungen um die Kritische Psychologie haben sie allerdings eine der ersten fundierten Kritiken auf marxistischer Grundlage vorgelegt (Autorenkollektiv Blumenberg, Hummel, Klemmer, Polster, Pust, Seidel 1977).

Aus der Sektion Wissenschafts- und Erkenntnistheorie, Psychologische Methodenlehre ging eine Reihe von Arbeiten zur Logik der Erkenntnisgewinnung in der Psychologie hervor, konzipiert als methodische Reflektionen im Umkreis der Kritischen Psychologie. Teilweise sind dies kürzere Einzelarbeiten wie Jaeger, Kersten, Leiser, Maschewski & Schneider 1978 sowie Maiers 1979. Als Bücher erschienen sind die Versuche einer kritischen Rekonstruktion der experimentellen und statistischen Methodik von Maschewski (1977) und Leiser (1978a); zu nennen ist hier auch Schneider (1980) mit einem Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Methodik in der Handlungsforschung. Monographien zu erkenntnistheoretischen Fragen legten Tripp (1978) und Leiser (1978b) vor.

Die Gruppe, die die Kritische Psychologie begründen sollte, bildete sich um Holzkamp herum. Sie ist keiner der Sektionen eindeutig zuzuordnen, wenn auch ihre Protagonisten einen Kern der Sektion Sozialisation bildeten. Aus dieser Sektion trug Holzkamp-Osterkamp in der Ringvorlesung Elemente ihres Motivationskonzepts vor. Holzkamp wechselte ohne nähere Begründung im Sommer 1972 von der Sektion Geschichte und Berufspraxis zur Sektion Sozialisation – nach seinen späteren Arbeiten wohl interpretierbar als Distanzierung von einer Beschränkung auf historische Kritik der Psychologie. Schon beschäftigt mit der Ausarbeitung seines die neue Lehre begründenden Werkes, trat er auf der Ringvorlesung nicht auf. Er legte – für die Institutsmitglieder, die nicht zu seinem engeren Gesprächskreis gehörten, einigermaßen überraschend – im Frühjahr 1973 das Buch 'Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung' (Holzkamp 1973) vor. Mit ihm war die Ablösung von der kritisch-emanzipatorischen Psychologie vollzogen, eine Kritische Psychologie vorgestellt, die die bloße Kritik der Ideologeme und der Interessenverflechtungen

der überkommenen Psychologie überwinden, deren Erkenntnismöglichkeiten aufspüren und sie materialistisch gewendet zur Erforschung der Subjektivität in der bürgerlichen Gesellschaft weiterentwickeln wollte (vgl. ebda., 14f.). Ausgehend von der Kulturhistorischen Schule der sowjetischen Psychologie, westliche und östliche Arbeiten zur Entwicklungsgeschichte und zur Allgemeinen Psychologie durchforstend, sie kritisch reflektierend und ihre positiven Erkenntnisse aufnehmend, beginnt Holzkamp mit seinen Mitstreitern eine Theorie der Subjektivität zu entwerfen. Sie interpretieren menschliche Tätigkeit (zunächst in ihren Teilbereichen Wahrnehmung (Holzkamp 1973), Motivation (Holzkamp-Osterkamp 1975/76) und Denken (Seidel 1976)) in ihrer Phylogenese als Ergebnis der Bewältigung tierischer Umwelt und der aktiven Gestaltung menschlicher Gesellschaftlichkeit, bestimmen sie als individuellen Akt wie als gesellschaftliches Produkt und sehen in ihrer produktiven Entfaltung über die Restriktionen der bürgerlichen Gesellschaft hinaus Möglichkeiten zur befreien, kollektiven Existenz in der sozialistischen Gesellschaft. Später (Holzkamp 1983) werden daraus die Kategorien 'restriktive' versus 'verallgemeinerte Handlungsfähigkeit', mit denen die Daseinsbewältigung der Subjekte in der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet werden können. Die Gruppe Kritische Psychologie organisierte sich als Schule, d.h. sie grenzte sich politisch wie wissenschaftlich ab, erklärte deutlich, gelegentlich dogmatisch, das von ihr zugelassene inhaltliche Spektrum, schuf sich eigene Foren, versuchte innerhalb wie außerhalb des Instituts recht offensiv personell und ideologisch Terrain zu gewinnen. Ab 1977 veranstaltete sie jeweils in Marburg internationale Kongresse, gab im Campus- und Pahl-Rugenstein Verlag eigene Buchreihen und eine Zeitschrift 'Forum Kritische Psychologie' heraus. Ihr sehr bestimmtes Auftreten führte nicht nur zu heftigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen (im Institut Autorenkollektiv 1977, Kritik der Kritischen Psychologie 1979, Ottomeyer 1980) sondern zwangsläufig zu einer Fraktionsbildung im Institut. Der Kritischen Psychologie, die von seiten der Studenten von der ADSPsych unterstützt wurde, stellten sich Institutsangehörige einmal um die Sektionen Geschichte und Berufspraxis herum, zum anderen um die Sektion Produktion und das Projekt Klassenanalyse entgegen. Politisch standen der KSV und unorthodoxe Neue Linke gegen sie. Erst die Angriffe von außen auf das Institut insgesamt konnten diese Fronten im Institut ab Ende der 70er Jahre wieder aufweichen.

Um die Kritische Psychologie herum sind am PI Forschungsprojekte entstanden, von denen an erster Stelle das 'Projekt Automation und Qualifikation' zu nennen ist. Dessen Mitarbeiter untersuchten theoretisch die Entwicklung der Arbeitstätigkeit und der Produktivkräfte. Empirisch wollten sie in automatisierten Arbeitsvorgängen individuelle und soziale Entwicklungsmöglichkeiten für die Arbeitenden aufspüren (Dok: Haug 1977). Sie hatten es schwer, sich am Institut durchzusetzen, weil die Wertschätzung der industriellen Automation auf Unverständnis stieß, ja von vielen marxistischen wie ökologischen Linken entschieden abgelehnt wurde. Trotz sorgfältiger Begründungen, fleißiger Untersuchungs- und Publikationstätigkeit (Projekt Automation und Qualifikation 1978a, b, 1980, 1981a, b) fanden sie kaum Resonanz, hatten sogar Mühe, ihnen zugebilligte Stellen angemessen zu besetzen. Aus diesem Schatten konnten dann auch die konzeptionell offeneren, ab 1980 in seiner Nachfolge entstandenen Projekte 'Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften', 'Arbeit und Psychologie' sowie 'Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung', die auf eine psychologische Berufstätigkeit im Sinne der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen vorbereiten wollten, kaum heraustreten. So kam es z.B. nie zu einer Kooperation mit Angehörigen der Sektion Produktion.

Das Forschungsprojekt 'Subjektentwicklung in der frühen Kindheit', getragen vom engeren Kreis der Vertreter der Kritischen Psychologie in der Absicht, einige ihrer Theoreme empirisch einzulösen, hatte andere, von außen kommende Schwierigkeiten. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft verweigerte eine Bezuschussung, weil ihre Gutachter aus den Reihen der traditionellen Psychologie nicht bereit waren, dem ihnen vor allem in der Methodik ungewohnten Ansatz eine Chance zu geben (Projekt Sufki 1985).

Die vielen aus dem PI ab 1972 publizierten Forschungsergebnisse zeugen von einer sehr produktiven Phase wissenschaftlicher Arbeit am Institut. Durch sie waren die im Ausklang der Studentenbewegung entwickelten Vorstellungen zum Ende der 70er Jahre mannigfach realisiert worden. Jene hatten sich als inhaltlich tragfähig für differenzierte Ausarbeitungen erwiesen. Auch die Form der kollektiven, nicht-hierarchisch und demokratisch organisierten Arbeit hatte sich in ihnen bewährt. Forschungsarbeit konnte sich in den Strukturen des Instituts vollziehen. Sie war vermittelt über eine häufig gemeinsame Lehrtätigkeit und geprägt von inhaltlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen in den Gremien des Instituts, hier vor allem in den Sektionen. Allerdings konnte weder wissenschaftlich noch politisch ein gemeinsamer Standpunkt, der vielleicht nur verschiedene Aspekte aufzuweisen hätte, erreicht werden. Darstellungen, die diesen Anschein erwecken, wie die Präambeln und Einleitungen zu den Monographien der Kritischen Psychologie, sind irreführend, indem sie unterschlagen oder logisch zu ihrer eigenen konzeptionellen Vorstufe erklären, was in anderen Arbeitszusammenhängen entstanden ist. Das Institut war in Fraktionen geteilt, was aber fruchtbare Effekte zeitigte. Eine Forschungs- und Veröffentlichungskoordination für das Institut als Ganzes war zwar einmal angestrebt worden – der Sektionsrat hatte dazu 1972 eine Kommission gebildet – konnte aber nie vollzogen werden. Holzkamps 'Sinnliche Erkenntnis' erschien mit einer Erklärung des Sektionsrats als Vorspann, in der es heißt:

'Falls sich aus den einzelnen Arbeiten im Zueinander und Gegeneinander der verschiedenen Ansätze dennoch eine Gesamtkonzeption ergeben sollte, so wird dies das Resultat unserer Anstrengungen gewesen sein, in einem umfassenden, das ganze Institut ergreifenden Diskussionsprozeß in Kritik und Selbstkritik allmählich die Aspekte einer psychologischen Wissenschaft und Berufstätigkeit zu erkunden und womöglich zu entwickeln, die den Interessen der werktätigen Bevölkerung dienen.' (Holzkamp 1973, S. 10)

Eine solche Gesamtkonzeption des Instituts ist nicht entstanden. Gleichwohl sind die Arbeiten, die bis etwa 1980 zustande kamen, Produkte von Wissenschaftlern, die sich im Institut aufeinander zu beziehen und Widersprüche auszufechten hatten, getragen von institutionalisierten Kooperationsformen.

Von den meisten der später entstandenen Arbeiten läßt sich das leider nicht mehr sagen. Mit Ausnahme der Gruppe Kritische Psychologie lösten sich die institutionalisierten Arbeitszusammenhänge in der Forschung mehr und mehr auf. Es blieb bei einer punktuellen, zufällig erscheinenden Zusammenarbeit neben den durch Ausbildungs- und Dienstleistungsfunktionen zusammengehaltenen Einheiten. Dem entsprachen die Auflösungserscheinungen der Sektionen, nachdem sich Klagen über deren inhaltsleere und bloß organisatorische Arbeit ab Ende der 70er Jahre gehäuft hatten. Bald existierten so nur noch die auf die Koordination des Grundstudiums reduzierten Sektionen Geschichte/Berufspraxis/Produktion sowie Wissenschafts- und Erkenntnistheorie/Methodenlehre. Daneben gab es eine große Zahl sich aus speziellen Ausbildungsaufgaben

ergebender 'Basiseinheiten', die sich jeweils aus sehr wenigen, manchmal nur einem einzigen, Dozenten zusammensetzten. Zwischen diesen Basiseinheiten fand wissenschaftlicher Austausch oder gar gemeinsames Forschen erkennbar nicht statt. Als ein Modell kollektiver oder wenigstens hoch entwickelter kooperativer wissenschaftlicher Arbeit hat sich das PI so nur über einen relativ kurzen Zeitraum bewährt. Da allerdings setzte es Marksteine in der Entwicklung kritischer Positionen in der deutschsprachigen Psychologie.

3.6 Außeruniversitäre Erfahrungsbildung im Projektstudium: Teilnahme am Professionalisierungsprozeß der Psychologie

Die angesprochenen psychologiekritischen und kritisch-psychologischen Ansätze waren inhaltlich zwar Alternativen zur überkommenen Psychologie, jedoch der Form nach, von ihren kollektiven Voraussetzungen einmal abgesehen, traditionelle Wissenschaft: Disputations- und Schreibtischwissenschaft. Demgegenüber bewegte sich ein Teil des Instituts auf anderen Bahnen, nämlich denen der praktischen Erfahrungsbildung in der außeruniversitären gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Dies geschieht kontinuierlich bis heute unter dem Begriff 'Projektstudium'. Dem Wort nach und tatsächlich in der Anfangszeit wurde damit angeknüpft an die studentischen Projekte, in denen engagierte Studenten eigenverantwortlich über die Universität hinaus gesellschaftsverändernd Praxis erkunden und entwickeln wollten (s. Schülerladen). Mit der Einordnung dieses Modells in den Ausbildungsalltag des Instituts änderte es, zunächst schleichend, seinen Charakter. In den Diskussionen um die Ausbildungsplanung im Sommersemester 1971 ist die Rede von 'gesellschaftlicher Ernstfallpraxis' und es heißt:

"Wir müssen den Anspruch, in einem Praxisfeld arbeitend Fuß zu fassen, sicher einlösen können, d.h. unsere durchschnittlichen Voraussetzungen, nämlich gegenwärtig noch: Psychologiestudent oder Psychologe zu sein, so verwerten können, daß die angesprochene Zielgruppe ein von uns vorherbestimmbares Bedürfnis befriedigt bekommen kann." (Dok: Sektionsrat 19.4.71, S. 3)

Mit dieser Zielbestimmung schob sich die Praxis von Psychologen als beruflich Handelnden in den Vordergrund und verdrängte die Absicht, als vorgängig politische Wesen Einfluß auf Lebensbedingungen von Menschen zu nehmen. Gleichwohl war der Anspruch auf Veränderung der angetroffenen Wirklichkeit 'zum Wohl der Betroffenen' nicht fallen gelassen worden. Er wirkte jetzt allerdings zunächst einmal in Richtung Veränderung der Arbeitsbedingungen und Eingriffsmöglichkeiten 'fortschrittlicher' Psychologen, die dann Menschen in psychosozialen Notlagen würden wirksam helfen können. Dahingehend konnten die Projekte seither in der Tat einiges bewegen.

Der Gedanke der politischen Projekte ist im Übrigen noch einmal auferstanden, ohne daß explizit an Traditionen des Instituts angeknüpft worden wäre: im Frauenprojekt, das nach theoretischen Vorarbeiten (Scheu 1977) ab 1976 im Institut aufgebaut wurde und sich als Teil der autonomen Frauenbewegung begreift. Ausschließlich Frauen befassen sich dort theoretisch mit dem widersprüchlichen Verhältnis von Frauen zwischen Familie und Beruf, arbeiten praktisch in außeruniversitären Einrichtungen, bevorzugt autonomen Frauenprojekten, und reflektieren systematisch diese Erfahrungen im eigenen Projekt. Nicht nur aus Mangel – dringend benötigte Stellen wurden von den zentralen Universitätsinstanzen über Jahre im Besetzungsverfahren verschleppt, wieder gestrichen oder gleich gar nicht genehmigt – hat dort die eigenverantwortliche Arbeit von Studentinnen und nicht am Institut beschäftigten Mitarbeiterinnen eine erhebliche Bedeutung.

Alle anderen Projekte orientieren sich am Ausbildungsziel 'psychologische Berufstätigkeit'. Ihre offizielle Bezeichnung lautet 'Praxisintegrierende Studieneinheit (PSE)'. Sie füllen neben wenigen Überblicks- und Spezialveranstaltungen das gesamte Hauptstudium zwischen Vordiplom und Hauptdiplom aus, wobei eine Fortführung nach dem Diplom bis zu Anerkennung der Teilnehmer als selbständigen Psychotherapeuten seit einigen Jahren – kontrovers – im Gespräch ist. Im Studienplan zum Hauptstudium 1974 heißt es:

"Allgemeines Ausbildungsziel des Psychologiestudiums ist eine umfassende wissenschaftliche Qualifikation für den Beruf des Psychologen und zwar – der Schwerpunktsetzung des Instituts gemäß – in Bereichen pädagogischer und pädagogisch-therapeutischer Tätigkeit. Dabei ist die Tätigkeit des Psychologen grundsätzlich nicht nur von den tradierten Berufsrollen und -feldern von Psychologen, sondern von den gesellschaftlichen Bereichen des Erziehungs- und Bildungswesens, des Gesundheits- und Fürsorgewesens zu bestimmen. Erst von hier aus können mit der Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und den davon wesentlich bestimmten psychologischen Inhalten und Problemen bedingt auch Möglichkeiten zur Teilnahme an der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, sowie Art und Ausmaß des Einflusses von Psychologen angegeben werden. ... Die Orientierung an der psychologischen Berufspraxis verweist auf eine Zusammenarbeit des PI mit außeruniversitären Einrichtungen. Die Arbeit in und Auseinandersetzung mit traditionellen Institutionen wird unter dem Aspekt der Möglichkeit der Veränderung psychologischer Berufspraxis angegangen." (Dok: Studienplan 1974, S. 8)

Psychologische Berufspraxis findet außerhalb der Universität überwiegend im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen statt. Demgemäß stehen diese Bereiche im Zentrum der Projektarbeit. Nur kleinere Projekte beschäftigten sich am PI mit der Tätigkeit von Psychologen in Industrie und Gewerkschaften. Der Bereich des Bildungswesens wurde in der PSE 'Heimprojekt', in den PSEn 'KITA-Projekt', 'Schulbuchprojekt', 'Legasthenieprojekt' und der ab 1979 die drei letztgenannten integrierenden PSE 'Pädagogisch-therapeutische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen' angegangen. Auf das Gesundheitswesen hin waren das 'Psychiatrieprojekt' (1977–1981), die PSE 'Psychosoziale Beratung' (ab 1980) mit ihren Vorstufen 'Rheinbabenallee' und 'Entwicklung von Therapie-

methoden für Unterschichtklienten' sowie die erst in den 80er Jahren entstandenen PSEn 'Bäckereiprojekt', 'Lebenswelten' und 'Behindertenprojekt' ausgerichtet. Auf den Produktionssektor, neuerdings auf die Lebenssituation arbeitender Jugendlicher sind die PSEn 'Arbeit und Psychologie', ab 1982 'Arbeit und Persönlichkeit' bezogen. Was die institutionellen Bezüge angeht, überlappen sich im Übrigen die Bereiche Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie beide mit dem Sozialwesen innerhalb einzelner Projekte.

Alle PSEn haben eine ähnliche Struktur. Partner sind außeruniversitär oder von Projektmitgliedern getragene Versorgungseinrichtungen, in denen Studenten und Dozenten zeitweise arbeiten. Diese Arbeit wird an der Universität theoretisch, d.h. in Seminaren, in Diplomarbeiten und Forschungsbeiträgen laufend reflektiert und im praktischen Vollzug supervidiert. Die PSEn kooperieren vor allem mit psychiatrischen Kliniken, Einrichtungen der ambulanten psychiatrischen Versorgung, psychosozialen Beratungsstellen und Therapiezentren, wobei materielle und personelle Verflechtungen zwischen der Universität und diesen Einrichtungen angestrebt, allerdings bisher nur gelegentlich realisiert wurden. Wegen seiner Größe hervorzuheben ist hier das 'Legastheniezentrum', angeblich die größte psychosoziale Versorgungseinrichtung in der BRD, das sich in der Rechtsform des Vereins aus dem PI heraus gebildet hat. Politisch und finanziell haben sie sich mit Dienststellen der Öffentlichen Hand, des Senats von Berlin, sowie den privaten und öffentlichen Versorgungsträgern auseinanderzusetzen. Ihr Handlungsfeld und ihre Klienten suchen sie bevorzugt im Unterschichtbereich. Die Studenten erlangen durch supervidierte Praxis eine Qualifikation, die mit Leistungsnachweisen offiziell bestätigt wird, formell jedoch zu nicht mehr als dem Diplom als Studienabschluß führt.

Ein in der Geschichte des PI immer wieder erklärtes Ziel hieß 'Vermittlung von Theorie und Praxis über die Projektarbeit'. Wo damit die Erwartung verknüpft war, im Institut entwickelte Theorien würden handlungsleitend für die Praxis – würden 'angewendet' – und die Praxis wirke befruchtend für die Weiterentwicklung der Theorien, resultierte daraus allerdings Enttäuschung. Dies am meisten bei den Studenten, die die entsprechenden Ausbildungselemente nicht zu integrieren vermochten. Seit Mitte der 70er Jahre war 'das Auseinanderfallen von Grund- und Hauptstudium' eine immer wiederkehrende Klage. Die konzeptionelle Arbeit fand im Institut getrennt von der Arbeit in den Praxisintegrierenden Studieneinheiten statt. Tatsächlich ist nicht ersichtlich, daß sich etwa die Kritische Psychologie in der pädagogisch-therapeutischen Arbeit einlöste, auch dort, wo personelle und organisatorische Verflechtungen bestanden, wie in der Sektion Sozialisation: Die vorliegenden Publikationen (vgl. etwa Pilz & Schubenz 1979) zeugen, auch wenn durch die Erscheinungsweise in der Reihe 'Studien zur Kritischen Psychologie' Zusammengehörigkeit suggeriert wird, eher von einem eigenständigen Bemühen um aus der konkreten Praxis direkt abgeleitete theoretische Verallgemeinerungen. Ebenso wenig ist erkennbar,

daß Ottomeyers Sozialisationstheorie (1977) die Arbeit im Heimprojekt nachhaltig geformt hätte, obwohl er dort mehrere Jahre mitgearbeitet hat. Vielleicht bewegten sich die am Institut entwickelten und gelehrten Theorien der Subjektentwicklung auf einem Allgemeingrad, der eine Umsetzung in konkrete Einzelfall- oder Institutionsarbeit erschwerte. Darüberhinaus liegt die Hypothese nahe, daß ihre Praxisferne, die selbst im engsten persönlichen Umkreis bisher nicht überwindbar schien, ihren Entstehungsmodus als akademische Lehre und ihre Bewährung in den relativ abgehobenen Formen der verbalen Auseinandersetzung unter Wissenschaftlern widerspiegelte. Insofern hätten sie gegenüber der in der Projektarbeit möglichen Erkenntnisgewinnung ein systematisches Defizit, das durch die Trennung der Aufgabenbereiche am PI in entsprechende Arbeitseinheiten noch gefördert wurde.

In den Projekten wurden Erfahrungen gemacht und reflektiert, die ihrer systematischen Fassung weitgehend noch harren. Projektmitarbeiter betonten zu Recht den hohen Anteil an Forschung, der in ihrer Tätigkeit eingeschlossen war. Wenn auch häufig implizit, wurden dort Ansätze und Hypothesen über Subjektivität und ihre Gesellschaftlichkeit entwickelt und überprüft, Einsichten in institutionelle und soziale Zusammenhänge gewonnen sowie Möglichkeiten und Grenzen professionellen Handelns erfahren. Dies alles hat sich nur in einer großen Zahl studentischer Diplomarbeiten und einzelnen Dissertationen niedergeschlagen, deren inhaltliche Reichweite meist beschränkt ist und die außerhalb ihres Entstehungszusammenhanges wenig beachtet werden. Allgemein zugängliche Veröffentlichungen, die gewonnene Erkenntnisse bündig präsentieren, sind leider kaum vorhanden (Ausnahmen: Pilz & Schubenz 1979, Bergold 1984). Vorantreibend und regional bedeutsam wirkte die Arbeit der Projekte auf Professionalisierungsprozesse im psychosozialen Bereich. Aus der gesellschaftskritischen Tradition des PI heraus wollten sie eine verändernde Praxis betreiben, die den Betroffenen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen sollte. Um überhaupt Interventionsmöglichkeiten zu finden und diese mit der Ausbildungsfunktion eines Psychologischen Instituts vereinbaren zu können, mußte psychologische Berufspraxis ergriffen und gleichzeitig über ihre Beschränkungen hinaus erweitert werden. Irgendwie mußten sie sich dabei einerseits auf Therapie am Individuum einlassen, wo den Psychologen in der jüngeren Zeit professionelle Handlungsmöglichkeiten erschlossen wurden, andererseits wollten sie Eingriffsmöglichkeiten in soziale Verhältnisse selbst erschließen, d.h. das Verfahren der Einzelfallbehandlung überschreiten. Das schuf Widersprüche. Die Projekte setzten hier unterschiedliche Akzente und mußten zu Auseinandersetzungen an mehreren Fronten führen.

Aus dem Legastheniezentrum waren die entscheidenden Anstöße gekommen, die zu einer neuen, in Berlin verbreitet in Anspruch genommenen Finanzierungsform therapeutischer Arbeit über das Bundessozialhilfegesetz führten. Die Dienststelle, in deren Zuständigkeitsbereich diese Tätigkeit fiel, entwickelte

schließlich ein Anerkennungsverfahren, das Zusatzqualifikationen über das Diplom hinaus erforderte. Wollte man dies nicht den Berufsverbänden oder dem privaten Markt überlassen, mußte man Zusatzausbildungen im Institut bzw. in der PSE anbieten, d.h. ein über das Diplom hinausgehendes Aufbaustudium, womöglich in einer separaten Abteilung aufbauen. Das Ausbildungsziel Psychotherapeut erschien am Horizont. Das provozierte Widerstand bei außerhalb dieser Arbeit stehenden Institutsmitgliedern und bei der Mehrheit der Studenten, die an dem zehensemestrigen Diplomstudium schon aus ökonomischen Gründen festhalten wollten. Es schuf gegenseitiges Mißtrauen im PI, das bis zu Blockaden in Institutsghremien führte. Projektmitarbeiter glaubten eine 'Entwicklungsbehinderung der Projektarbeit' durch die Theoretiker des Grundstudiums feststellen zu müssen (Dok: Schubenz 1982). Bei jenen herrschte tatsächlich eine Tendenz, es in den Konsequenzen nicht ernst genug zu nehmen, daß eine Projektgruppe ein sie verpflichtendes Modell innovativer Berufspraxis hatte entwickeln können – bestimmt allerdings von den Realitäten des Professionalisierungsprozesses und weniger geleitet von psychologie- und gesellschaftskritischen Einsichten. An anderer Stelle tat sich ein Widerspruch auf zur Konzeption der präventiven, gemeindeorientierten Arbeit, wie sie die deutsche Sozialpsychiatrie zu ihrem Programm erhoben hat. Dort herrschte eine deutliche Reserve gegenüber der fortschreitenden Professionalisierung von Berufsgruppen nach dem ärztlichen Modell, was eine Verfestigung hinderlicher Versorgungsstrukturen bedeutete. Die PSE 'Pädagogisch-therapeutische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen' brachte sich dazu in Gegensatz, wenn sie auf die therapeutische Arbeit von Diplompsychologen und deren formeller Anerkennung setzte. Allenfalls prospektiv transzendierte sie das medizinische Modell, wenn sie erklärte:

"(Wir) halten ... es für möglich, die Erfordernisse einer umfangreichen aktiven und gemeindenahen psychosozialen Versorgung für die Bevölkerung radikal vom medizinischen Krankheitsbegriff zu befreien und damit die juristische Verantwortung der Medizin für die Arbeit z.B. von Diplompsychologen und anderen abzuschaffen und durch einen an den Entwicklungserfordernissen von Menschen orientierten, in der Nähe von Entwicklung, Erziehung und Ausbildung angesiedelten Begriff zu ersetzen." (Dok: Schubenz 1982, S. 18)

Am Institut arbeiteten eher im Sinne der Sozialpsychiatrie die PSEn 'Psychosoziale Beratung', 'Bäckereiprojekt' und 'Arbeit und Integration'. Sie stellten die bestehende psychiatrische Versorgung durch ihren Beitrag zur psychiatrischen Vor- und Nachsorge im Stadtteil zugunsten neuer gemeindenaher psychosozialer Strukturen praktisch in Frage. Eine formelle Ausbildung zum Psychotherapeuten sollte dabei nicht zur Debatte stehen, obwohl auch dort auf die Erarbeitung 'therapeutischer' Konzepte verwiesen wurde (Bergold 1984), die der sozialen Feldarbeit angemessen sein sollten. Die Praxisintegrierenden Studieneinheiten im psychosozialen Bereich konnten nicht anders, als sich dem Professionalisierungsprozeß in der Klinischen Psychologie zu stellen.

Sie haben sich an ihrem jeweiligen Ort aktiv dazu verhalten. Sogar das sich antipsychiatrisch verstehende Projekt 'Arbeit und Integration' wurde zum Geburtshelfer eines neuen psychosozialen Berufs, des 'Begleitenden Helfers in Psychosozialen Diensten' (Dok: Seyfried 1987). Für die Ausbildung am PI bedeutete dies alles trotz seiner Widersprüchlichkeit, daß sie letztendlich immer mehr von den Zwängen des Professionalisierungsprozesses bestimmt wurde als von Konsequenzen der gesellschafts- und subjektwissenschaftlichen Analysen.

Ob die noch von der Studentenbewegung beeinflusste Intention der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse durch fachliches Handeln eingelöst werden konnte, muß wohl eher bezweifelt werden. Mit den veränderten beruflichen Handlungsmustern gingen zwar institutionelle Verschiebungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen einher, woran sich die PI-Projekte und aus ihnen stammende Psychologen in Berlin aktiv beteiligt haben. Diese haben sich für die Situation und die Perspektiven davon Betroffener mannigfach ausgewirkt. Aber: In welche Richtung? Ob das Schritte hin zu einer Verbesserung der sozialen Lage und Erweiterung der subjektiven Handlungsspielräume waren, führt zu Fragen, zu denen aus den Praxisintegrierenden Studieneinheiten keine hinreichenden Antworten gegeben worden sind.

Im Sinne der ursprünglich gesellschaftsverändernden Zielsetzung gab es am Institut immer wieder auch massive Kritik an der berufsfeldbezogenen Projektarbeit. Für diese soll abschließend ein Zitat eines Nicht-Projekt-Mitarbeiters stehen:

"Erinnern wir uns nochmals ein bißchen und seien wir eingedenk, daß die Erinnerung an Vergangenes vielleicht die Voraussetzung jeglicher Kritik ist: Es ist erst kurze Zeit her, kaum mehr als zehn Jahre, daß hier in Berlin Psychologen aus dem (vom Staate wohlbestellten) Haus ihrer Ausbildungs- und Wirkungsstätte PI ausgebrochen sind. Sie verschafften sich Einblick in die Lebensverhältnisse derer, die gewöhnlich nur verkürzt zu 'Versuchspersonen' oder 'Klienten' in den Psychologeblick geraten. Sie mischten sich – freilich auch beflügelt und vorangetrieben vom Übermut der Studentenbewegung – politisch ein, es entstand damals der 'Schülerladen Rote Freiheit', ein mehr als ketzerisches, ein atheistisches Unterfangen. Sie bezogen Prügel, nicht wortwörtlich, sondern in Form von Berufsverboten. Sie haben sich zurückgezogen, verkrochen in die theoretische Betrachtung des Menschen 'an sich'. Manche haben aber auch – und das ist schlimmer – den Rückzug aus der Politik, dem Sich-einmischen-Wollen, zu einer Art Durchbruch zu praxisorientierter Psychologie umgefälscht. Sie schwimmen mit auf dieser dubiosen Welle der therapeutischen Dienstleistungsbetriebe, – fortschrittliche natürlich, wie nimmermüde versichert wird –, sie beteiligen sich an der 'Organisierung psychischen Leidens'. Nur Organisation – nicht Abschaffung, die denkbar ist." (Geib 1980, S. 554)

4. Politische Selbstbeschränkung und Grenzen der Wirksamkeit

Was ist nun der politische und wissenschaftliche Ertrag der Arbeit am PI? Maßgeblich für seine im deutschen Wissenschaftsbetrieb außergewöhnliche

Entwicklung sind Impulse aus der Studentenbewegung gewesen. Studenten kritisierten die vorgefundene Psychologie, um sich frei zu machen für den Kampf um humane, demokratische, wie sie meinten letztlich sozialistische Verhältnisse. Fachwissenschaftliche Betätigung sollte diesem Bestreben untergeordnet sein, sollte allenfalls helfen, Ziele und Wege der Befreiung von gesellschaftlichem Unrecht, sozialer Entfremdung und individuellen Zwängen zu finden. Wissenschaft hätte sich zu lösen von den Restriktionen, die in ihrem immanenten Entwicklungsgang wie in ihrer Organisation als Ausbildungs- und Forschungsinstitution eingeschlossen sind. Erst in einer neuen, unmittelbar gesellschaftlichen Bestimmung könnten ihre emanzipatorischen Potenzen entdeckt und entwickelt werden. Konsequentermaßen hatten die Studenten anfangs einen 'autonomen Sektor' für ihre Betätigung in diesem Sinne gefordert. Am PI war das mit dem Schülerladen, dem ersten Tutorenprogramm und der Einflußnahme der politischen Organisationen der Studenten zunächst in Angriff genommen worden. Mit der Übernahme des ganzen Instituts nach dem Auszug widerstrebender Wissenschaftler schienen sich bald ungeahnte Möglichkeiten zu eröffnen. Doch damit hatte man nicht nur Möglichkeiten der materiellen und ideellen Entfaltung erlangt, sondern man mußte sich auch den Beschränkungen eines spezifischen institutionellen Rahmens unterwerfen. Und das wurde folgenreich.

Es mußte Ausbildung in der Institution Universität, gemäß staatlicher Vorgaben und mit dem Ziel einer außeruniversitär einlösbaren Qualifikation betrieben werden. Damit waren Normen zu übernehmen, die die Zielsetzungen des politischen und wissenschaftlichen Handelns beeinflussten. Sie waren jedenfalls nicht unmittelbar aus allgemeinpolitischen Zusammenhängen ableitbar. In einer universitären Einrichtung war zwingend Forschung und Ausbildung nach vorgegebenen Regeln gefragt. Die späteren Kritischen Psychologen haben das früh erkannt, voll Optimismus allerdings als Chance gesehen. Holzkamp schreibt über die Zeit 1970/71:

"Zum ersten Mal in der Institutsgeschichte (wurde) eine gemeinsame, durchdachte und intensive Planung des Ausbildungsganges und der Forschungsarbeit am ganzen Institut in Angriff genommen. ... Voraussetzung für diese Aufbauarbeit war eine Neubestimmung des Stellenwerts der Universität innerhalb gesellschaftlicher Praxis. ... Die gesellschaftliche Praxis der Marxisten als Angehörigen der Universität besteht in der intensiven Bemühung um die Entwicklung sozialistischer Wissenschaft. In dieser Zielsetzung werden der Wissenschaft nicht ihr fremde Aufgaben von außen gestellt, sondern sie dient ihrem genuine Interesse an wissenschaftlicher Erkenntnis." (Holzkamp 1972, S. 269f.)

Dahinter stand der Glaube, richtige Erkenntnis sei per se fortschrittlich und die Universität sei ein störungsfrei zu haltender Raum, in dem sie bei angemessenem Einsatz gewonnen werden könne. Holzkamp gab damit eine unter den Wissenschaftlern des Instituts verbreitete Meinung wider. Diese Haltung wurde entwicklungsbestimmend. Ungebrochen motivierte sie die Schöpfer der Kritischen Psychologie und ihren Umkreis, aber auch diejenigen, die sich um eine

Sozialwissenschaft der Arbeit und um historische Analysen der Psychologie bemühten. Viel zu wenig und für die Praxis am Institut ohne Folgen wurde nur in einigen Arbeiten zur neueren Geschichte der Psychologie über die Institution Universität, ihre gesellschaftliche Bestimmtheit und ihren tendenziell herrschaftskonformen Charakter unter gegebenen Verhältnissen nachgedacht. Das PI sollte diese Beschränktheit erfahren und war bei aller sozialwissenschaftlichen Erkenntnisfähigkeit ungenügend darauf vorbereitet.

Zunächst setzte sich am Institut nach 1971 gleich wieder eine Trennung von wissenschaftlicher und politischer Arbeit durch. Wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung 'im Interesse der Betroffenen' wurde als politisch hinreichend angesehen. Es galt als politische Betätigung, die neue Ausbildung und Forschung zu betreiben. Der 'politische Tageskampf' (sic) lief daneben. Für seine Themen, für propagandistische und organisatorische Aktivitäten wurde am Institut zwar Raum gegeben: Versammlungen, Wandzeitungen, Bücherstände, 'Agitprop' in Seminaren und der Ausfall von Lehrveranstaltungen wegen Demonstrationen und Streiks waren nicht nur geduldet, sondern wurden allgemein gefördert. Aber das waren politische Aktivitäten, die deutlich getrennt von der fachlichen Arbeit abliefen. Sie wurden betrieben von den politischen Organisationen der Studenten, zu denen sich im übrigen nur wenige Dozenten am Institut bekannten (mehrere von ihnen waren in den späten 70er Jahren zusammen mit Verwaltungsmitarbeitern in der Institutsgruppe der Gewerkschaft ÖTV aktiv, aber auch hier ohne zwingende Verbindung zu ihrer wissenschaftlichen Arbeit). Hier fortschrittliche Wissenschaft – dort politischer Kampf, das war die Realität des PI.

Daraus erklärt sich auch, daß bei aller wissenschaftlichen Produktivität vergleichsweise wenig fachliche Unterstützung an je aktuellen politischen Fronten geleistet werden konnte: zu erwähnen wären hier lediglich Bemühungen von Holzkamp (1983b) um argumentative Unterstützung der Friedensbewegung sowie das löbliche Unterfangen, den 2. Kongreß Kritische Psychologie dem Problem der Arbeitslosigkeit zu widmen (Arbeit und Arbeitslosigkeit 1980), wozu aus dem Institut allerdings inhaltlich wenig Konkretes beigetragen werden konnte. Beim Rückblick auf das, was am PI in seiner produktiven Phase nach der Studentenbewegung an Positionen erarbeitet wurde, kommt man schwerlich um die Feststellung herum, daß sich hier manches abseits der wirklichen politischen Bewegung vollzogen haben muß. Es lebte vom Motiv sozialwissenschaftlicher Aufklärung, das sein Ziel gefunden hatte in einer stark epistemologisch gefärbten Einzelwissenschaft. Die Perspektive einer Befreiung aus bürgerlichen Verhältnissen blieb dabei recht allgemein. Das Tun blieb sowohl in der Kritischen Psychologie wie erst recht in der historischen Kritik der Psychologie bezogen – man könnte auch sagen: fixiert – auf die vorgefundene Psychologie, die es mithilfe des historischen und dialektischen Materialismus kritisch bearbeitete. Die konkreten gesellschaftlichen Probleme, die während der

70er Jahre besonders in Berlin sich eigentlich unübersehbar aufdrängen mußten, waren da ausgeblendet. So findet sich in der wissenschaftlichen Produktion des PI denn auch kein Reflex auf die ökologische Wende, auf die Kritik der Industrialisierung und der Kultur der Industriegesellschaft – wahrhaft doch eine Herausforderung für Marxisten! Auch die neuen sozialen Bewegungen waren kaum Gegenstand der systematischen Reflexion (gelegentliche Ausnahmen: Holzkamp–Osterkamp 1979 und Bruder–Bezzel 1979 zu Jugendfragen). So intensiv das PI von der Studentenbewegung geprägt worden war, so sehr liefen die späteren politischen Bewegungen an ihm vorbei. Anders was das nur beim Frauenprojekt, das sich als Teil der autonomen Frauenbewegung konstituierte. Es konnte das u.a. deswegen, weil es sich nicht in erster Linie um Ausbildungs- und Berufsqualifizierungseffektivität abmühte.

Politisch relevant wurde das PI in einem viel engeren Sinne, in seinem ureigenen Bereich Universität. Hochschul- und wissenschaftspolitisch hat es einen Nachweis erbracht, daß Wissenschaft kollektiv produziert werden kann, in demokratischen Strukturen ohne hierarchische Organisationsformen, in Gegensatz zu dem, was in wissenschaftlichen Institutionen traditionell als Selbstverständlichkeit gilt. Auch am PI fielen diese Strukturen in den 80er Jahren wieder auseinander.

Es ist dem PI nicht gelungen, in der akademischen Psychologie respektiert zu werden. Dort wurden die entwickelten Konzepte kaum zur Kenntnis genommen; wo gelegentlich doch, wurden sie von den positivistischen Methodikern abgewehrt. Eine Ausnahme bilden die Ergebnisse der Analysen zur Geschichte der Psychologie, die verbreitet rezipiert, aber in ihrem psychologiekritischen Aspekt nicht verstanden werden. Man kann daraus den Vorwurf, die marxistische Linke werde ausgegrenzt, ableiten. Andererseits haben sich Mitglieder des PI selten um aktive Auseinandersetzungen innerhalb der 'scientific community' bemüht: auf den Kongressen der Deutschen Gesellschaft für Psychologie waren sie nur sehr vereinzelt zu finden, in den Organisationen und Organen der etablierten Psychologie tauchen sie nicht auf, sie scheinen ihre eigenen Publikationsorgane und Foren zu bevorzugen. Gravierend für einzelne Wissenschaftler wie für die Bewährung ihrer Positionen ist die Tatsache, daß kaum jemand aus dem PI an einer anderen Stelle des Wissenschaftsbetriebs beruflich Fuß fassen konnte. Hätte also eine betontere Orientierung auf normale wissenschaftliche Verkehrsformen erfolgen sollen? Dafür wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit der Preis der totalen Entpolitisierung der Formen und Inhalte zu zahlen gewesen.

Schon in seiner Weise des kritischen Wissenschaftsbezuges ist das PI als politische Instanz in den außerhalb der Universität ablaufenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schwer zu identifizieren. Wohl traten einige seiner Mitglieder in der politischen Öffentlichkeit auf, findet man aus seinen Reihen regelmäßig Unterzeichner von Resolutionen u.ä., als Einrichtung hat es selten

aktiv Stellung bezogen. Das waren dann wiederum Aktivitäten, die sich aus der Sorge um die Wissenschaft rechtfertigen ließen, was ihre Berechtigung nicht schmälern soll.

Dazu zählen demonstrative Einladungen Peter Brückners und des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg nach deren Diffamierung als Sympathisanten und Mitglieder der sog. terroristischen Szene, sowie eine vom Institut getragene Kampagne gegen die Berufsverbote. Von diesen war es allerdings selbst schwer betroffen. Später, 1981/82 und in den folgenden Jahren, hatte es sich gegen Stellenstreichungen zu wehren und veranstaltete immerhin einmal eine Demonstration vor dem Amtssitz des zuständigen Regierungsmitglieds.

Für das PI galt auch im politischen Selbstverständnis ein Primat von Wissenschaft und Ausbildung.

Was hier an fortschrittlichen Alternative erreicht worden war, sollte geschützt und erhalten bleiben. Das galt zuvorderst für die demokratischen Strukturen, innerhalb derer die kollektiven Arbeitsprozesse erst möglich wurden. Im Zuge der Reorganisation der Hochschulen, wobei in Berlin durch eine Reihe von Novellierungen der Hochschulgesetze die 'Auswüchse' der Experimentierphase nach der Studentenbewegung im Lauf der 70er Jahre wieder beschnitten werden sollten, war die Verfassung des Instituts und der materielle Bestand bald bedroht. Um dem zu begegnen, wählte man eine Strategie der rechtlichen Absicherung aller Schritte nach außen. Dies hat das Überdauern des Modells im Innern gewährleistet – eindeutige politische Aktivitäten nach außen hat es gelähmt. Vorsichtige Differenzierungen und eine peinlich genaue Beachtung der Rechtsförmigkeit haben Ansätze häufig erstickt. Auch dadurch wurde der Anschluß an aktuelle politische Bewegungen verhindert.

So halfen z.B. während der Hausbesetzungen 1980/81 in Berlin Seminare beim Renovieren besetzter Häuser; die Sektion Geschichte/Berufspraxis/Produktion übernahm gar eine Patenschaft für ein besetztes Haus. Als es dann um die offensive politische Durchsetzung ging, in deren Verlauf von den staatlichen Behörden neben dem Zuckerbrot des legalisierten Aufbaus die Peitsche der Strafandrohung und des Polizeieinsatzes gezeigt wurde, verflüchtigte sich die offene Parteinahme am PI.

Nicht zuletzt in den in der Universität selbst auszutragenden Konflikten setzte man auf die Strategie der rechtlichen Absicherung nach außen. Dieses Bemühen des PI, sich demonstrativ im legalen institutionellen Rahmen zu bewegen, wurde von den übergeordneten Dienststellen letztendlich nicht honoriert. Nur in den frühen 70er Jahren, als Teile der in Berlin regierenden Sozialdemokraten universitäre Strukturreformen ausprobieren ließen und dafür Freiräume gewährten, wurde dem Institut eine gewisse Unterstützung durch die Universitätsleitung zuteil.

So wurden die in der Öffentlichkeit unterstellten Rechtsbrüche im Schülerladen und während der Besetzung des Hauses der 'Initiativgruppe für ein 2. Psychologisches Institut' nicht verfolgt, nach dem Auszug der Initiativgruppe deren Stellen dem PI belassen, dessen Stellenrahmen sogar noch ausgebaut und das Tutorenprogramm auf Dauer installiert. Der Studienplan von 1973 wurde vom Universitätspräsidenten gegen Widerstand verteidigt.

Mit der Wende der sozialdemokratischen Hochschulpolitik ab 1973 wurde das anders. Mit materiellen Sanktionen sollten die demokratischen Strukturen aufgelöst werden. Institutionelle Opposition wurde nicht geduldet.

Demgegenüber schien die wissenschaftliche Richtung weniger angreifbar. Mit der Durchführung der Politik der Berufsverbote erwies sich das als vergebliche Hoffnung. Wo möglich, sollte der marxistischen Wissenschaft ihre personelle Basis entzogen werden. 1976 sollten sieben Wissenschaftler am PI keine Vertragsverlängerung gewährt, zwei weitere sollten nicht eingestellt werden (Dok: Resolution 1976 — zwei Fälle sind dort nicht erwähnt); 1978 entschied sich der zuständige Wissenschaftssenator Glotz bei zwei von vier zu besetzenden Professorenstellen aus 'wissenschaftspluralistischen Gründen', wie er sagte, gegen die vom Institut an erster Stelle Vorgeschlagenen. Das PI war als 'linkes' Institut im 'linken' Fachbereich 11 etikettiert und zog die Abneigung konservativer Universitäts- und Landespolitiker auf sich. Der Wahrheitsgehalt dieser Zuschreibung war ins Extrem verzerrt worden durch Angriffe der 'Notgemeinschaft für eine Freie Universität', die in Pamphleten 'FU unter Hammer und Sichel' das PI, mehrere seiner Mitglieder und den Fachbereich als 'SEW-beherrscht' diffamiert hatten, ein Verdikt, das bei den blindwütig antikommunistischen Berliner Konservativen seine Wirkung nicht verfehlte. Als die staatlichen Sparmaßnahmen sich auch auf die Universität auswirkten, wurde im Zusammenwirken von Staat und der inzwischen betont konservativen Universitätsspitze dem PI ab 1980 die Hälfte seiner Wissenschaftler-Stellen entzogen, die Zahl der zugelassenen Studenten drastisch reduziert und Studienpläne nicht genehmigt bzw. auf die lange Bank geschoben. Das PI sollte damit wohl materiell ausgetrocknet werden, was fatal mit seiner inneren Schwäche nach der Destabilisierung der Kooperationsstrukturen koinzidierte. Eine demokratische und kritische Alternative im Wissenschaftsbetrieb, als die das PI in den 70er Jahren wirken konnte, droht(e) damit endgültig ausgehöhlt zu werden. Die als Absicherung gedachte politische Selbstbeschränkung hat es davor nicht bewahren können.

Anmerkung

- 1 Überwiegend archiviert im 'Ressort Archiv und Dokumentation' des Psychologischen Instituts der FUB, Habelschwerdter Allee 45, D 1000 Berlin 33. Ergiebigster Fundort ist das ab 1971 regelmäßig erscheinende Institutsorgan 'PI-Info' (ab Nr. 11, Okt. 1971; vorher, ab April 1971, Nr. 1 bis 10, hieß es 'Info des Kollektivs der Studentenvertretung in Zusammenarbeit mit der AD-Gruppe'). — Die herangezogenen Quellen sind am Schluß des Artikels vom Literaturverzeichnis getrennt aufgeführt; der Zitat Hinweis darauf lautet: Dok.

Dokumente und nicht veröffentlichte Quellen

(Soweit nicht anders angegeben aus dem Archiv des Ressorts Archiv und Dokumentation des Psychologischen Instituts der Freien Universität Berlin.)

- Freie Universität Berlin 1948–1973 (1983), Hochschule im Umbruch. Teil V: Gewalt und Gegengewalt. (Pressestelle der FUB)
- FU–Statistik 1a. Studenten SS 1972. (Pressestelle der FUB)
- Grundsatzerklärung der studentischen Institutsratsmitglieder SS 1969. Zur Umstrukturierung der Arbeit am Psychologischen Institut in Projektarbeit. Akte ID 1968–1970
- Haug, F. (1977), Für Projekt Automation und Qualifikation. Vorstellung des Projekts. PI–Info Nr. 171. 17–20
- Initiativgruppe. An den Präsidenten der FU. Schr. 1.6.70. Akte IR 1968–1970
- KSV–Zelle Psychologie. Er kämpft das Sozialistische Studium. Dezember 1971. (Privatarchiv)
- PI–Info (1971), Informationen aus dem Psychologischen Institut. Hrsg. vom Ressort Archiv und Dokumentation des Psychologischen Instituts. Ab Nr. 11, fortlaufend. (Nr. 1–10, 1971, als 'Info des Kollektivs der Studentenvertretung in Zusammenarbeit mit der AD– Gruppe')
- Psychologisches Institut, Freie Universität Berlin, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften (1971), Struktur, Konzeption und Perspektiven. (Privatarchiv)
- Resolution zu den Berufsverböten am Psychologischen Institut am Fb 11 (1976), Beschluß des Institutsrats und des Direktoriums v. 1.11.76. PI–Info Nr. 157, 3
- Ringvorlesung des Psychologischen Instituts (WS 71/72). Hrsg. vom Ressort Dokumentation des Psychologischen Instituts.
- Satzung, 20.1.1969. Akte IR 1968–1970
- Schubenz, S. (1982), Zur Gründung eines Instituts für Kinderpsychotherapie am PI. PI–Info Nr. 268, 15–20
- Sektionsrat 19.4.1971. Diskussion der Projekte am Psychologischen Institut. Protokoll. PI–Info (Info des Kollektivs ...) Nr. 2, 1971, 2–5
- Seyfried, E. (1987), (Projekt Arbeit und Integration), Neue Berufsperspektiven für Psychologen, PI–Info Nr. 317, 23–26
- Studienplan Hauptstudium (1974), PI–Info Nr. 111, 7–13
- Studienreformkommission (Februar 1970), Reformentwurf für ein Studium am Psychologischen Institut der FU
- Tutorenprogramm für Studienanfänger am Psychologischen Institut der Freien Universität (Sommersemester 1970). Akte IR 1968–1970
- Zwischenbericht der 'Kommission zur Vorbereitung von Analyse und Neusatzung des Psychologischen Instituts' (1968). Akte IR 1968–1970

Literatur

- Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch–psychologischer Sicht. Berichte vom 2. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie (1980). 5 Bde. Köln
- Autorenkollektiv Blumenberg, Y., W. Hummel, U. Klemmer, W. Polster, C. Pust, H. Seidel (1977), Sinnliche Erkenntnis und Arbeit. Kritik an Holzkamps 'Kritischer Psychologie'. Hamburg
- Autorenkollektiv am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin (1971), Sozialistische Projektarbeit im Berliner Schülerladen Rote Freiheit. Frankfurt/M.
- Bartel, K.–M. (1986), Tests und Schulpolitik 1945–1980. Giessen

- Bergold, J.B. (1984), Überlegungen zu einem gemeindeorientierten, therapeutischen Ansatz. In: Bericht ü.d. 2. Sozialpsychiatrische Tagung in Ossiach, Kärnten
- Bruder-Bezzel, A. & K.-J. Bruder (1979), Unter den Talaren der Muff von 10 Jahren: Die Theorie vom Neuen Sozialisationstyp. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, H. 11, 19-32
- Geib, N. (1980), Nur sanft sein heißt noch nicht gut sein. Einige Anmerkungen zur therapeutischen Orientierung auch linker/kritischer/fortschrittlicher Psychologen. *Mitteilungen der DGVt*, 12, 546-555
- Geuter, U. (1984), Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt/M.
- Geuter, U. & P. Mattes (1982), Historiography of psychology in West Germany: Approaches from Social History. A Review of the past ten years. *Storia e Critica della Psicologia*, 5, 111-126
- Holzcamp, K. (1964), Theorie und Experiment in der Psychologie. Eine grundlagenkritische Untersuchung. Berlin/West
- Ders., (1968), Wissenschaft als Handlung. Versuch einer neuen Grundlegung der Wissenschaftslehre. Berlin/West
- Ders., (1972), Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten. Frankfurt/M.
- Ders., (1973), Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M.
- Ders., (1983a), Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/M.
- Ders., (1983b), Nur wer Angst hat, kann vernünftig sein. Gefühl und Rationalität in der Friedensbewegung. *Psychologie heute*, Nr. 10, 57-62
- Holzcamp, K. & V. Schurig (1973), Zur Einführung. In: Leontjew, A.N. (1973), Probleme der Entwicklung des Psychischen. Frankfurt/M., XI-LII
- Holzcamp-Osterkamp, U. (1975/76), Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung. Bd. I & II. Frankfurt/M.
- Dies., (1979), 'Narzißmus' als neuer Sozialisationstyp? Demokratische Erziehung, 166-175
- Jaeger, M., K. Kersten, E. Leiser, W. Maschewski & U. Schneider (1978), Subjektivität als Methodenproblem. Beiträge zur Kritik der Wissenschaftstheorie und Methodologie der bürgerlichen Psychologie. Köln
- Jaeger, S. & I. Staebule (1978), Die gesellschaftliche Genese der Psychologie. Frankfurt/M.
- Kleemann, S. (1975), Zur Geschichte der Debatten um den Klassencharakter der Soziologie und Sozialpsychologie in der DDR und Kritik ihrer Anwendung im Industriebetrieb. Diss. Freie Universität Berlin
- Zur Kritik der Kritischen Psychologie (Busch, T. u.a.) (1979), Berlin
- Leiser, E. (1978a), Einführung in die statistischen Methoden der Erkenntnisgewinnung. Köln
- Ders., (1978b), Widerspiegelungscharakter von Logik und Mathematik. Frankfurt/M.
- Maiers, W. (1979), Wissenschaftskritik als Erkenntnis-kritik. Zur Grundlegung differentieller Beurteilung des Erkenntnisgehalts traditioneller Psychologie in kritisch-psychologischen Gegenstandsanalysen. *Forum Kritische Psychologie*, H. 5, 47-128
- Maikowski, R., P. Mattes & G. Rott (1976), Psychologie und ihre Praxis. Materialien zur Geschichte und Funktion einer Einzelwissenschaft in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.
- Maschewsky, W. (1977), Das Experiment in der Psychologie. Frankfurt/M.
- Mattes, P. (1977), Kritische Psychologie – akademisch erstarrter Marxismus. Hinweise auf ihre Entstehungsgeschichte. *Psychologie und Gesellschaft*, H. 3/4, 13-30
- Ders., (1985), Die Psychologiekritik der Studentenbewegung. In: Ash, M. & U. Geuter (Hg.), Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen. 286-313
- Ottomeyer, K. (1977), Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus. Reinbek

- Ders., (1980), Marxistische Psychologie gegen Dogma und Eklektizismus. Antworten an Michael Schomers und die Kritische Psychologie. Forum Kritische Psychologie. H. 7, 170-207
- Pilz, D. & S. Schubenz (Hg.) (1979), Schulversagen und Kindertherapie. Die Überwindung von sozialer Ausgrenzung. Köln
- Psychologie als historische Wissenschaft (1972). Pressedienst Wissenschaft der FU Berlin. Nr. 8
- Projekt Automation und Qualifikation (1978a), Entwicklung der Arbeitstätigkeit und die Methode ihrer Erfassung. Argument Sonderband. AS 19
- Dies., (1978b), Theorien über Automationsarbeit. Argument Sonderband. AS 19
- Dies., (1981), Automationsarbeit. Empirische Untersuchungen. Teil I: Argument Sonderband, AS 43. Teil II: AS 55. 1981a. Teil III: AS 67. 1981b
- Projekt Subjektentwicklung in der frühen Kindheit (SUFKI) (1985), 'Subjektentwicklung in der frühen Kindheit': Der Weg eines Forschungsprojekts in die Förderungsunwürdigkeit. Forum Kritische Psychologie. H. 17, 41-133
- Scheu, U. (1977), Wir werden nicht als Mädchen geboren — wir werden dazu gemacht. Zur frühkindlichen Erziehung in unserer Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Seidel, R. (1976), Denken — Psychologische Analyse der Entstehung und Lösung von Problemen. Frankfurt/M.
- Tripp, G.M. (1978), Betr.: Piaget. Philosophie oder Psychologie. Köln